

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 21, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6408
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Polzeitsungshilfe Nr. 3164

Inhalt:

Gegen Lebensmittelwucher und Fleischartenerung! — Wird bei Ausübung von Heilverfahren des Guten schon zuviel getan? — Der Kampf der Gasarbeiter in Nordhausen. — Zur Aenderung der Allgemeinen Arbeits-Ordnung für die Stadt Dresden. II. — Die Revision der Arbeitsordnung für die städtischen Lohnarbeiter in Heilbronn. I. — Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1909. — Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadiparlamenten. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Verbandsteil. — Briefkasten. — Eingegangene Schriften und Bücher.

Gegen Lebensmittelwucher und Fleischartenerung!

Die arbeitenden Klassen Deutschlands haben schwer unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden. Durch den famosen Wucherzolltarif vom Jahre 1902 (seit 1906 in Kraft) haben Reichstag und Regierung dafür gesorgt, daß den Herren Agrariern die horrenden Wucherpreise gezahlt werden müssen, während die breiten Massen des Volks den Hungerriemen enger schnallen können.

War schon durch ungünstige Handelsverträge die deutsche Industrie in ihrer Entwicklung erheblich gehemmt, so hat die Wirtschaftskrise in den letzten Jahren das Heer der Arbeitslosen in die Hunderttausende anschwellen lassen und die Arbeitenden waren daher nicht in der Lage, durch entsprechende Lohnsteigerung ihren Lebensstandard aufrecht zu erhalten und dem Unternehmertum die Kosten der agrarischen Reglementation aufzuballen.

Wohl hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung vermocht, eine Pauperisierung (Verarmung) der organisierten Arbeiterschaft zu verhindern, aber einen vollständigen Ausgleich zwischen Geld- und Reallohn durchzusetzen, vermochte sie nicht. So droht denn die Lebenshaltung des deutschen Volkes zu sinken, ist die mühsam errungene Position gefährdet, da Agrariertum und Staatsregierung kalten Blutes einsehen, was die organisierten Arbeiter dem Unternehmertum in hohem Maße abgerungen haben.

Sollen wir in sträflicher Gleichgültigkeit diese Dinge als „unabänderliches Schicksal“ hinnehmen oder muß nicht mit aller Macht dagegen protestiert, demonstriert und revoltiert werden?

Die Frage gestellt, heißt sie beantworten! Bereits haben an verschiedenen größeren Orten die Arbeitermassen gegen die jetzige volksfeindliche Raubpolitik Stellung genommen. Es gilt, diese Bewegung zu schüren, so daß auch im kleinsten Orte Aufklärung geschaffen wird über die Ursachen, der jetzt wieder enorm gestiegenen Fleischpreise.

Doch wir wollen einmal zahlenmäßig die gewaltige Preissteigerung feststellen. Es kostete laut „Stat. Korrespondenz“ das Kilogramm:

	Großhandel					Kleinhandel	
	Jahresdurchschnitt			Juli	Aug.	Juli	August
	1901	1906	1908	1909	1910	1910	1910
Schweine . . .	112,0	133,8	133,8	122,78	126,80	160,1	162,1
Rindfleisch . . .	117,3	147,7	131,6	125,00	146,75	160,1	163,1
Kälber	127,1	168,5	163,8	163,78	176,11	180,2	183,9
Lammfleisch . . .	112,9	151,7	141,5	148,22	153,67	173,5	174,3

Höher geht's nimmer! Möchte man angesichts dieser Zahlen ausrufen. Aber wer kann sagen, wo die Preisgrenzen sind? Zwar behaupten die Agrarier und Regierungsvertreter bei jeder Gelegenheit: Es handelte sich nur um einen vorübergehenden Notstand, ein Grund zum Eingreifen liege nicht vor! Wenn aber dieser „vorübergehende“ Notstand nun schon viele Jahre andauert, da muß endlich einmal auch die Geduld des langmütigen deutschen Michels ein Ende nehmen.

Was soll also geschehen, um der wachsenden Notlage zu begegnen?

Wir fordern vom Staat:

Oeffnung der Grenzen.

Sofortige Aufhebung der Vieh- und Getreidezölle.

Unterlassung der Schikanen bei der Vieh- und Fleischzufuhr.

Ermäßigung der Frachtpreise für Schlachtvieh.

Aber auch die Gemeinden, namentlich die größeren Städte könnten erfolgreich eingreifen durch Ermäßigung der Schlachtgebühren und besonders durch Eröffnung kommunaler Fleischverkaufsstände und so weiter.

Daß die Oeffnung der Grenzen eine sofort wirkende Maßregel zur Abwehr der Teuerung sein würde, kann von niemand bestritten werden. Hat doch der argentinische Konsul in Wien im Hinblick auf die herrschende Fleischnot erklärt, daß die argentinische Regierung wohl in der Lage wäre, wöchentlich eine Schiffsladung von 1500 bis 2000 Rindern bester Qualität, wie sie in Oesterreich und Deutschland nicht schöner zu haben sein können, nach Triest zum Versand zu bringen. Der Preis für ein solches Stück Rindvieh von über 700 Kilogramm Lebendgewicht, das jetzt in Oesterreich etwa 700 bis 900 Kronen kostet, würde sich in Argentinien nicht höher als auf etwa 200 Kronen stellen. Wenn die deutsche Regierung eine solche Einfuhr gestatten würde, so würde sich trotz aller Fracht- und Untersuchungskosten dieses Vieh frei Hamburg immer noch erheblich billiger stellen, als jetzt im Inlande Fleisch weit minder Qualität!

Die Aufhebung der Zölle würde eine enorme Verbilligung ermöglichen, wie die nachfolgenden Zahlen beweisen.

Nach einer Aufstellung des Fleischerverbandes über die Höhe der Gebühren und Zölle sind zunächst etwa 25 bis 30

Millionen Mark Fleischuntersuchungsgebühren, 25 bis 30 Millionen Mark Viehvericherungskosten und 20 Millionen Mark Verzinsung und Amortisation der mit einem Aufwand von 320 Millionen Mark erbauten städtischen Schlachthöfe aufzubringen.

An Schlacht- und Fleischsteuer erheben nach dem Wegfall der kommunalen Fleischsteuer (die 11½ Millionen Mark betrug) als Staatssteuer das Königreich Sachsen 5,7 bis 6 Millionen Mark, das Großherzogtum Baden 0,8 Millionen Mark und das Großherzogtum Sachsen-Altenburg 130 000 Mark jährlich, zusammen zirka 7 Millionen Mark.

Die Zölle belasten den Fleischkonsum mit 5,7 bis 8 Millionen Mark für Rinder, 1,5 bis 2 Millionen Mark für Schweine, zusammen 9 bis 10 Millionen Mark für Lebendvieh. Die Fleischzölle weisen infolge des starken Wechsels in der Einfuhr große Schwankungen auf; sie stellten sich in den letzten Jahren auf 4,6 bis 6,7 Millionen Mark, für Schmalz auf 12 bis 13 Millionen Mark.

Bemerkenswert hierbei ist, daß die Zölle für Rindvieh bis zum Jahre 1902 4 Proz., von da bis zur Einführung des neuen Zolltarifs 3 Proz. des Wertes ausmachten, während sie unter dem neuen Zolltarif in den letzten Jahren trotz der eingetretenen Preissteigerung sich auf 10 Proz. erhöhten! Der Schweinezoll stellte sich in den Jahren 1901 bis 1903 auf 4,5 Proz. des Wertes, nach Abänderung des Zolltarifs stieg er auf 9 Proz. des Wertes. Der Fleischzoll stieg von 14 bis 15 Proz., nach Einführung des neuen Zolltarifs auf 19 bis 21 Proz. des Wertes.

Es ist indes bei alledem zu berücksichtigen, daß die Einfuhr durch gewisse Schikanen, durch Untersuchungsgebühren, die dänische Rindereinfuhr durch die Tuberkulinsprobe und Quarantäne uhm. noch weiter erheblich verteuert wird. Die Einfuhrpreise stellten sich bei einem Ochsen von 500 Kilogramm Lebendgewicht ohne den Zoll auf etwa 40 Mk. pro Stück; bei der dänischen Einfuhr betragen die Kosten der Quarantäne allein 16 Mk., dazu kommen 2 Mk. Untersuchungsgebühren.

Dieser Zusammenstellung reihen wir die Zollsätze selbst an, wie sie sich in dem Wuchertarif 1906 gegen früher gestaltet haben. Es traten damals statt der Stückzölle Gewichtszölle in Kraft. Berechnet man die Stückzölle auf das Durchschnittsgewicht, so ergibt sich: der Zoll pro Doppelzentner wurde erhöht:

- für Ochsen von 5,10 auf 8 Mk.,
- für Kühe und Bullen von 1,80 auf 8 Mk.,
- für Kälber von 0,60 auf 8 Mk.,
- für Schafe von 1,70 auf 8 Mk.,
- für Schweine von 3,30 auf 9 Mk.

Gleichzeitig wurde der Zoll für frisches Fleisch von 15 auf 35 Mk. erhöht.

Daß auch die Ermäßigung der Frachtsätze nichts Ungeheuerliches ist, beweist die gleiche Maßnahme in Oesterreich. Dort hat das Eisenbahnministerium eine Verfügung veröffentlicht, nach der von allen Stationen der österreichischen Staatsbahnen zunächst nach dem Wiener Zentralviehmarkt eine fünfzigprozentige Ermäßigung der Frachtpreise für Schlachtvieh gewährt wird. Die Ermäßigung ist für drei Monate in Aussicht genommen, aber unter dem Vorbehalt, die ermäßigten Tarife jederzeit widerrufen zu können, wenn die mit der Maßnahme verbundenen Opfer nicht in den Fleischpreisen zum Ausdruck kommen sollten. Auch die Südbahn hat sich bereit erklärt, eine für die österreichischen und ungarischen Linien gleiche Vergünstigung zu gewähren.

Endlich sollten auch die Gemeinden aus ihrer sträflichen Gleichgültigkeit herauskommen und überall da, wo noch irgendwelche Abgaben beim Fleischverbrauch bestehen, diese unverzüglich aufheben. Insbesondere aber sollte außer den zum Teil an die Regierung gerichteten Anträgen seitens der Gemeinden selbst der Fleischverkauf organisiert

werden und so ein preisregelnder Faktor geschaffen werden, der zwar nicht ganz den Zwischenhandel wird ausschalten können, wohl aber die parasitischen künstlichen Preis erhöhungen des Kleinhandels. Auch hier ist seit langem Wien, die Hauptstadt Oesterreichs, sowie eine ganze Reihe größerer und kleinerer italienischer Kommunen vorgegangen.

Die unerhörte Fleischsteuerung zwingt die Massen immer mehr, sich dem Genuß von Pferde- und selbst Gunde-fleisch zuzuwenden. Im Jahre 1909 sind in Deutschland 151 367 Pferde geschlachtet worden, gegen 136 273 im Jahre 1908. Die Zahl der Gunde-schlachtungen ist im gleichen Zeitraum gestiegen von 6138 auf 6990 Stück. Die meisten Gunde wurden verzehrt in Sachsen 4062, Schlesien 1522, Bayern 421, Anhalt 364. Damit ist natürlich die Zahl der Gunde, die verzehrt worden sind, keineswegs erschöpft, denn es handelt sich nur um die Gunde, an denen die amtliche Fleischschau vorgenommen wurde. Man weiß aber, daß sehr viele Gunde geschlachtet werden, ohne daß der Fleischbeschauer etwas davon erfährt.

Die Anforderungen an den menschlichen Körper sind im Zeitalter der Maschine fortgesetzt gestiegen. Eine immer intensiver Anspannung aller Kräfte wird in Industrie und Handwerk verlangt um — wie es heißt —, der Konkurrenz des Auslandes gewachsen zu sein.

Demgegenüber kann das deutsche Volk sich unmöglich mit einer fortgesetzten Unterernährung zufrieden geben. Es wehrt sich energisch gegen solche künstlich heraufbeschworenen, degenerierenden Tendenzen.

Möge der Protest noch viel mächtiger einsehen als bisher und mögen unsere Kollegen aller Orten für Aufklärung über diese Dinge sorgen, dann wird das Regiment der Junker die längste Zeit gedauert haben!

Wird bei Ausübung von Heilverfahren des Guten schon zuviel getan?

Die Landesversicherungsanstalten haben nach dem Invalidenversicherungsgesetz das Recht, zur Abwendung von Invalidität Heilverfahren einzuleiten. Diese Heilverfahren haben bei den Versicherten große Sympathie. Kommt es ihnen doch nicht so sehr auf eine schmale Rente als auf die Erhaltung ihrer Arbeitskraft an. Nun hat das Reichsversicherungsamt kürzlich die Versicherungsanstalten zu „unlichster Beschränkung“ der Heilverfahren aufgefordert. Die Folge davon wird sein, daß in Zukunft noch viel mehr Anträge auf Heilverfahren abgelehnt werden als bisher.

Ein anonymes Verfasser nimmt in der „Arbeiter-Versorgung“ den Vordruck des Reichsversicherungsamts in Schutz. Dabei bemerkt er, daß die Aufforderung zur Beschränkung der Heilverfahrenskosten „bisher Widerspruch in erheblichem Maße nicht erfahren“ habe. Es scheint ihm in der Tat, daß hier manche Versicherungsanstalten des Guten schon zuviel getan haben! Derselben Ansicht ist zweifellos auch das Reichsversicherungsamt. Daß der Verfasser in bürgerlichen Blättern keinen Widerspruch gegen die Maßnahme des Reichsversicherungsamts gefunden hat, glauben wir. Diese Blätter vertreten ja auch nicht die Interessen der Versicherten. Wie schwer die Arbeiter durch eine etwaige Einschränkung der Heilverfahren geschädigt werden, wollen wir an einigen Beispielen zeigen.

In früheren Jahren trug die von der Versicherungsanstalt für Oberbayern bei der Einleitung von Heilverfahren geübte Praxis mehr den sozialen Verhältnissen der Versicherten Rechnung. Seit einigen Jahren hat sich das geändert. Während bei den gesamten Versicherungsanstalten die Aufwendungen für Heilverfahren ständig gestiegen sind, fielen sie bei der Versicherungsanstalt für Oberbayern in der Zeit von 1903 bis 1907 von 10,5 auf 5,7 Prozent der Einnahmen. Das Reichsversicherungsamt dürfte also mit dieser Versicherungsanstalt zufrieden sein; in doch Geld gespart worden. Das scheint ja die Hauptsache zu sein. Damit ist aber den Versicherten nicht gedient. Das Münchener Arbeitersekretariat berichtet denn auch, daß Versicherte sich in den letzten Jahren recht oft über die Ablehnung der von

ihnen gestellten Anträge auf Heilverfahren beschwerten. Die Muster-Versicherungsanstalt stellt jetzt sehr strenge und sozial ungerechtfertigte Anforderungen an die Uebernahme von Heilverfahren. So wurde beispielsweise bei einem 27jährigen Fabner, der an Bleivergiftung erkrankt war, der Antrag auf Einleitung eines Heilverfahrens abgelehnt. Daß eine Besserung des Zustandes aber auch nach Ansicht der Versicherungsanstalt möglich war, geht daraus hervor, daß ihm dieselbe nicht die Invalidenrente sondern die sogenannte Krankenrente für vorübergehende Erwerbsunfähigkeit vom Beginn der 27. Krankheitswoche zu billigte!

Im Bezirk derselben Versicherungsanstalt ist auch der Sitz der Allgemeinen Ortskrankenlasse Bamberg. Diese berichtet in dem letzten Geschäftsbericht, daß die Erfolge in den Sanatorien für Lungenkranke bei der überwiegenden Zahl der Fälle gute, teils sehr gute waren; in einigen Fällen habe das Heilverfahren bei Männern allerdings versagt, während bei Frauen der Erfolg in allen Fällen nicht bestritten werden könne. Wörtlich heißt es dann: „Bedenkt man, daß die medikamentöse Behandlung bei Lungenkranken fast vollständig versagt, wird man es angesichts der vorliegenden Tatsachen begreiflich finden, daß wir in die Heilstättenbehandlung noch immer außerordentliche Hoffnungen setzen und es als einen schweren Mangel in der Krankenfürsorge bezeichnen müssen, daß den weiblichen Kranken des Kreises die Auffuchung einer Lungenheilstätte so außerordentlich erschwert ist.“

Die Frauensanatorien der übrigen Kreise sind unseren Kranken verschlossen und nur im städtischen Sanatorium für Frauen zu München-Grasbach finden oberfränkische Patienten in ganz beschränkter Zahl Aufnahme, so daß unsere weiblichen Mitglieder viele Wochen, sogar monatelang auf ihre Aufnahme warten müssen. Diesem Mangel muß schon aus Gründen der allgemeinen Gesundheitspflege und mit Rücksicht auf das Allgemeinwohl abgeholfen werden, ist doch die Gefahr der Weiterverbreitung der Tuberkulose gerade durch Frauen außerordentlich hoch. Die Tätigkeit derselben in der Küche, die Pflege der Kinder, überhaupt die Arbeit im Haushalte ist im hohen Grade geeignet, die Krankheitskeime auf die übrigen Personen im Haushalte zu übertragen. — Die Tuberkulose bei den Frauen zu bekämpfen, darf nicht die letzte Maßregel in dem Kampfe gegen die Weiterverbreitung der Tuberkulose sein.

Auch bei anderen Versicherungsanstalten müssen die Versicherten in der Regel sehr lange auf die Aufnahme in eine Heilstätte warten. Hauptächlich dürfte das an dem Mangel an Heilstätten liegen. Eine genaue Statistik hierüber hat die Ortskrankenlasse für Fabrikbetriebe zu Greifeld aufgenommen. Dieselbe ergibt, daß die Versicherten, die bereits bei der Antragstellung erwerbsunfähig waren, durchschnittlich 8,88 Wochen warten mußten, bis sie in die Heilanstalt aufgenommen wurden. Bei denen, die bei der Antragstellung ihrer Beschäftigung noch nachzugehen vermochten, betrug die Wartezeit sogar durchschnittlich 10,61 Wochen.

Vergegenwärtigt man sich, daß die Erwerbsunfähigen, sofern sie sich nicht doppelt versichert haben, was bei den wenigsten der Fall ist, gezwungen sind, diese lange Zeit von dem niedrigen Krankengelde zu leben, dann weiß man, wie ungünstig Unterernährung, Sorge und Verstimmung den Verlauf der Krankheit vielfach beeinflussen müssen. Mancher Kranke, für den ein Heilverfahren beantragt ist, macht sich furchtbare Sorgen. Sein ganzes Denken gilt nur seiner Krankheit und der Frage, ob die Hilfe rechtzeitig eintreffen wird. Je länger er warten muß, desto zweifelhafter erscheint ihm ein Erfolg und desto größer seine Verstimmung. Treffend heißt es in dem Bericht der erwähnten Klasse: „Eine solche Fürsorge gleicht einer Feuerwehr, die erst dann auf der Brandstätte anrückt, wenn nichts oder nicht mehr viel zu löschen ist.“

Aber weiter! Bekanntlich genügt zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft nach dem Austritt aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung das Ableben von 20 Marken in zwei Jahren. Das ist Gesetz. Die Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen bevorzugt aber bei Uebernahme von Heilverfahren nach ihrer eigenen Bekanntmachung solche Personen, die die Beiträge „in der gleichen Höhe wie bisher und wöchentliche Beiträge entrichten“. Als sich hierüber das Dresdener Arbeitersekretariat beim Landesversicherungsamt beschwerte, erhielt es den Bescheid, daß es „nach Gehör (1) der Landesversicherungsanstalt dieser Sachbehandlung (1) aufsichtswegen (1) nicht entgegenzutreten vermag“. Die Praxis der Versicherungsanstalt wird ausdrücklich gebilligt. Eine frei-

willig weiterzahlende Person, die nur alle zwei Jahre 20 Marken flebt, wird daher bei der großen Zahl von Anträgen aus den Kreisen der Versicherungspflichtigen und dem Platzmangel in den Heilstätten auf Uebernahme eines Heilverfahrens nicht mehr rechnen können. Dabei betrug das Vermögen der erwähnten Versicherungsanstalt schon im Jahre 1908 die Kleinigkeit von 141 179 787 Mk.! Es ist ein bedauerlicher Mangel, daß für die Versicherungsanstalten keine gesetzliche Pflicht zur Einleitung eines Heilverfahrens besteht.

Die gemeinsame Ortskrankenlasse für Stralsburg i. Ost. flagt darüber, daß die Versicherungsanstalt Baden in einem an die Klasse gerichteten Schreiben es „grundsätzlich“ abgelehnt hat, bei Nichttuberkulosefällen während der Dauer der Unterstützungspflicht einer Krankenlasse ein Heilverfahren zu übernehmen. Doch es kommt noch schöner! Bei einer anderen Gelegenheit hat dieselbe Versicherungsanstalt dem Arbeitersekretariat Mannheim ganz allgemein geschrieben, daß sie das Heilverfahren „lediglich zur Wahrung der Interessen der Versicherungsanstalt (1) anordnet“. Tatsächlich hat das Mannheimer Sekretariat denn auch wiederholt darüber Klage geführt, daß die Versicherungsanstalt aus anderen als aus ärztlichen Gründen die Einweisung in eine Heilanstalt ablehnt. Nun wissen die Arbeiter auch, wozu sie Marken fleben. Zur Wahrung der Interessen der Versicherungsanstalt! Ihre Beiträge werden aufgespeichert, soweit sie nicht durch Verwaltungslosigkeiten ausgezehrt werden, und von den Zinsen erhalten sie dann vielleicht einmal eine schmale Hungerrente, die zum Sterben zu viel und zum Leben zu niedrig ist.

Bei der Landesversicherungsanstalt von Sachsen-Anhalt gingen 1908 3177 Anträge auf Heilbehandlung ein (gegen 2442 im Vorjahre). Davon wurde nur in 1871 (1203) Fällen das Heilverfahren übernommen. Nicht weniger als 1906 (1179) Personen wurden also abgewiesen! Dabei hatten auch diese ärztliche Bescheinigungen beigebracht, daß ihr Zustand Aussicht auf erfolgreiche Heilbehandlung biete. Wie wird es nun aber erst dann werden, wenn die Versicherungsanstalten die Aufforderung des Reichsversicherungsamts befolgen und die Uebernahme von Heilverfahren „tunlichst einschränken“?

Wir glauben, an diesen Beispielen gezeigt zu haben, daß bisher bei der Ausübung von Heilverfahren des Guten nicht zu viel, sondern zu wenig getan wird. Wir könnten noch mehr Beweise dafür anführen, doch wollen wir uns hiermit begnügen.

Das Vermögen der gesamten Versicherungsanstalten hat bereits die schwindelnde Höhe Summe von 1574 Millionen Mark erreicht! Selbst Regierungsrat Düttmann, der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Oldenburg, hat unlängst im „Versicherungsboten“ anerkannt, daß die Aufspeicherung dieser großen Kapitalien für die erwerbstätigen Kreise „in mancher Beziehung wenig erwünscht“ sei. Sehr richtig! Wir meinen, daß bei diesem großen Vermögen und den großen jährlichen Einnahmen und Ausgabeposten der einzelnen Versicherungsanstalten die Heilverfahrenskosten selbst bei Bewilligung aller Anträge auf Heilverfahren nur verhältnismäßig gering sind. Auf keinen Fall sind sie entscheidend, um eine engherzige Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen zu rechtfertigen. Solchen Ausgaben stehen viel größere Erfolge in sozialer und volkswirtschaftlicher Beziehung gegenüber. Wenn die durch ständige Ueberarbeit ruinierte Gesundheit auch nur auf einige Jahre wiederhergestellt wird, so ist das für die Familie schon von großer Wichtigkeit. Dafür ein Beispiel, das wir dem Bericht der Königsberger Fürsorgestelle pro 1900 entnehmen. In demselben schreibt Dr. Fischer: „Ich erinnere mich deutlich eines tuberkulösen Tischlers, bei dem gerade die kurze Spanne Zeit von 14 Monaten, die in das Ende der Schulpflicht eines Kindes fiel, der Familie einen Ocker weniger und einen halben Ernährer mehr schenkte.“

Wir müssen uns daher energisch gegen das Bestreben des Reichsversicherungsamts wenden. Hier sehen wir auch, wie es mit dem Selbstverwaltungsrecht der Versicherungsanstalten bestellt ist, das den Arbeitgebern in den Krankenklassen als Muster hingestellt wird. Bei den Heilverfahren handelt es sich nicht um Wohlthaten, sondern um die Erfüllung einer sozialen Pflicht.

Unsere Genossen in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten werden natürlich auf diese Frage ihr Augenmerk richten und jede Einschränkung der Heilverfahren entschieden bekämpfen müssen.

W.

Der Kampf der Gasarbeiter in Nordhausen.

Wie wir schon berichtet, haben die Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen einige Zusicherungen seitens der Direktion gemacht wurden. Wenn es zum Streik kam, so trägt einzig und allein die Verwaltung der Gasanstalt die Verantwortung dafür. Hatte sie es doch stillschweigend durchgesehen, daß die wenigen Rechte der Arbeiter Zoll um Zoll gekürzt und beeinträchtigt wurden. 1906 war der Arbeiterausschuß zum letzten Male gewählt, der nach den Bestimmungen der Continental-Gas-Gesellschaft alljährlich erneuert werden soll. Fragten die Arbeiter danach, so wurden sie mit schönen Nebensarten vertröstet. Man dachte aber gar nicht daran, diese Versprechungen einzulösen.

Am 1. Mai erschien eine neue Arbeitsordnung, an der die Arbeitergemeinschaft nicht, wie sonst überall üblich, mitgewirkt hatte. In dieser fehlte der Arbeiterausschuß gänzlich! War es da verwunderlich, daß sich die auf dem Werk Beschäftigten nach einer anderen Interessenvertretung umsehen, und sie diese im Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter fanden? Sogar der Lohnkommission, die in Dessau mit der Generaldirektion Verhandlungen pflog, mußte man zugeben, daß seitens der Nordhäuser Verwaltung ein schwerer Fehler gemacht sei. Die Direktion kann daraus ersehen, daß alle Versuche, die Arbeitergemeinschaft niederzutreiben, nichts nützen. Mit einer Brutalität, die seinesgleichen sucht, wurde der Kampf seitens der Verwaltung den Arbeitern gegenüber geführt, glaube ich, daß die Arbeitergemeinschaft bedingungslos zu Kreuze kriechen würde. Doch darin hatte sie sich gründlich getäuscht. Daß auch sie ihr Ansehen bei der Stadtverwaltung, bei den Gastkonsumenten sowie bei der gesamten Bürgererschaft am Orte eingebüßt hat, ist nicht unsere Schuld. Alle Versuche der Streikenden, mit der Verwaltung zu verhandeln, scheiterten an dem eigensinnigen Standpunkt der Direktion. Abgelehnt wurde das Gewerkegericht als Einigungsamt. Der Vorstehende desselben als Privatperson sowie selbst der Herr Oberbürgermeister fanden keine „Gnade“ vor den Augen der Herren Gasmagnaten. Alle Versuche, den Betrieb unter den größten Geldopfern aufrechtzuerhalten (man hatte Streikbrecher aus allen benachbarten Anstalten kommen lassen, sogar sich extra eine Arbeitswilligenkolonne aus Essen verschrieben bei 6,50 M. Schichtlohn und freier Station) führten zu keinem befriedigenden Resultat. Auch hier wird die Direktion die Erfahrung gemacht haben, daß Streikbrecher alles andere als zuverlässige Arbeiter sind. Man ließ sich also, nachdem der Kampf 14 Tage dauerte, doch zu Verhandlungen herab. Ueber das Resultat haben wir schon berichtet.

Als am Abend des 1. August ein Trupp Arbeitswilliger, unter Führung des Gasmeisters Wohls aus Nordhausen, ankam, wurden zwei Streikposten seitens dieser so „nützlichen“ Elemente gemißhandelt. Zwei Polizisten namens Junter und Rosas begleiteten den Transport — denn zu solchen Zwecken ist doch nur die Polizei da. Diese nahmen keinen Anlaß dagegen einzuschreiten. Die Mißhandlungen stellten bei der Polizeibehörde Strafantrag. Vor einiger Zeit erhielten jedoch die Antragsteller die Nachricht, daß „das Verfahren eingestellt wird, da ein Täter nicht zu ermitteln ist und weitere Ermittlungen keine Aussicht auf Erfolg haben“.

Also ein Täter ist nicht zu ermitteln. Hat denn die Staatsanwaltschaft nicht den Meister Wohls vernommen, der den Zug begleitete und der gewissermaßen auch der Veranlasser zu diesen Exzessen war. Dieser Herr kennt doch die Namen der Arbeitswilligen ganz genau. Oder wurden diese auf dem Gaswerk nur als Nummer, wie im Zuchthause, geführt? Hat man die Namen dieser Helden gar nicht, auch nicht seitens der Direktion, feststellen können? Unterliegen diese nicht der Krankenversicherungs-pflicht? Wir erwarten, daß auch der Staatsanwalt nach dieser Richtung hin seine Ermittlungen anstellen wird. Wäre Jüngers behaupteten, daß man in anderem Falle, wenn es sich um Streikende handelte, anders verfahren würde. Wir wiesen dieses ganz entschieden zurück, da doch vor dem Gesetz alle Menschen gleich seien, und der Staatsanwalt ganz bestimmt den obigen Hinweis benutzen wird, damit der Täter seiner wohlverdienten Strafe nicht entgeht. Eine Reihe einwandfreier Zeugen können wir ebenfalls nennen.

Für die Gasanstaltsverwaltung werden diese Ermittlungen ihrer Schöbline eine etwas unangenehme Seite haben. Sie wird doch die Lehre aus diesem Kampfe gezogen haben, daß es ratsamer ist, auf friedlichem Wege sich mit den Arbeitern zu einigen.

Unsere Kollegen aber haben wieder einmal die Erfahrung hinter sich, daß die Organisation sehr wohl in der Lage ist, die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse energisch durchzusetzen.

pk.

Zur Aenderung der Allgemeinen Arbeits-Ordnung für die Stadt Dresden.

II.

Aus finanziellen Gründen glaubte auch die Ratskommission keine Erweiterung des Sommerurlaubes in Aussicht stellen zu können. Es soll nur auf eine möglichst einheitliche Durchführung der Urlaubsgewährung nach den jetzigen Bestimmungen herbeigeführt werden. Ein Verfahren nach dieser Richtung hin, das im übrigen eine Aenderung der Allgemeinen Arbeits-Ordnung nicht nötig mache, sei bereits im Gange. Wenn diese Erklärung der Ratskommission so auszulegen ist, daß der Urlaub einheitlich nach den jetzigen Bestimmungen der Allgemeinen Arbeits-Ordnung gewährt werden soll, so läme dies für die meisten städtischen Betriebe einer Verlängerung des Urlaubes gleich. Denn jetzt heißt es in der Allgemeinen Arbeits-Ordnung, daß nach 5 Jahren 3, nach 10 Jahren 6 Tage Urlaub gewährt werden können. Die meisten Betriebe aber haben sich das Vörlchen „kann“ zunutze gemacht und in einer Art und Weise angewendet, daß die tatsächliche Urlaubsgewährung geradezu einer Verhöhnung gleichkommt. Aber auch selbst dann, wenn nach den jetzigen Bestimmungen verfahren wird, kann die Stadt Dresden, in deren Mauern im nächsten Jahre die große Internationale Hygienische Ausstellung stattfindet, mit der Urlaubsgewährung durchaus nicht prunken. Man sollte meinen, daß diese Stadt, die eine solche Ausstellung veranstaltet und die in den letzten Jahren auch sonst wirklich moderne Einrichtungen, es sei nur an den neuen Schlacht- und Viehhof erinnert, geschaffen hat, auch den Arbeitern in ihren kommunalen Betrieben ein Arbeitsverhältnis bieten würde, das nur als muster gültig bezeichnet werden müßte. Doch das Arbeitsverhältnis der städtischen Arbeiter Dresdens ist heute davon noch weit entfernt, sowohl in bezug auf die Löhne, als auch auf die übrigen Verhältnisse. Mit ihren Anträgen auf Verbesserung der Allgemeinen Arbeits-Ordnung wollten die Arbeiter-Ausschüsse ihren Teil dazu beitragen, um ein besseres Arbeitsverhältnis zu schaffen. In den Hauptpunkten jedoch kann man ihnen angeblich aus finanziellen Rücksichten nicht folgen.

In einer Reihe minder wichtiger Anträge hat die Ratskommission weitgehendstes Entgegenkommen gezeigt. So in bezug auf den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Doch man wolle Selbstverständlichkeiten nicht extra noch betonen. So auch beim § 17, den bekannten Belästigungsparagraphen. Die Ausschüsse hatten beantragt, an seine Stelle zu setzen: „Die Ausübung der im § 152 der Reichsgewerbeordnung niedergelegten Rechte darf den Arbeitern weder direkt noch indirekt erschwert werden.“ Da hat die Ratskommission gesagt, was hier verlangt werde, sei eine Selbstverständlichkeit, die Stadt habe noch niemanden von der Organisation abgehalten oder den Beitritt zur Organisation verboten. Das ist schon richtig. Doch den Arbeitern ist nicht damit gebiet, daß sie der Organisation angehören dürfen, sie wollen vielmehr das Koalitionsrecht auch ausüben in allen seinen Konsequenzen. Der gegenwärtige Wortlaut des § 17 aber erschwert das ungemein. Man hat gesagt, daß der § 17 doch eigentlich recht wenig zur Anwendung gekommen sei und der Stadtrat Dr. Dehne hat ausdrücklich konstatiert, daß ein harmonisches Verhältnis unter der Arbeiterschaft herrsche und das sei ein Beweis nicht etwa für die Aufhebung des jetzigen Wortlautes, sondern für seine Notwendigkeit! Bei dieser Gelegenheit hat aber die Ratskommission ganz nachdrücklich betont, daß auch den Uebertreibern einzelner Unterbeamten ganz energisch entgegengetreten werde.

Wir waren vor wenig Wochen erst genötigt, eine recht geharnischte Beschwerde einzulegen gegen zwei Rehrmeister der Straßenreinigung. Diese hatten ihnen unterstellte Rehrer gewarnt, unserem Verbands beizutreten und hinzugefügt, daß diejenigen, welche dem Verbands angehörten, keine Aussichten hätten, bei der Straßenreinigung etwas zu werden. Auf unsere Beschwerde erhielten wir den Bescheid, daß der eine angeschuldigte Beamte entschieden bestritte, sich in der angegebenen Weise schuldig gemacht zu haben. Der andere jedoch hat in seiner — na, sagen wir mal Naivität, zugegeben, daß er älteren Arbeitern auf direkte Anfrage hin seine private Meinung dahin zu erkennen gegeben habe, daß sie besser täten, unserem Verbands nicht beizutreten. Um aber, so heißt es weiter in dem Antwortschreiben, „Rückständnisse zu vermeiden, haben wir das Aufsichtspersonal der Straßenreinigung angewiesen, sich künftighin der Arbeiterschaft gegenüber jeder Annäherung in der fraglichen Richtung, auch auf direkte Anfragen, zu enthalten.“

Mit diesem Bescheid haben wir uns zufrieden gegeben, zumal uns bekannt geworden ist, daß den Herren Lehrmeistern das „Erforderliche“ mit allem nur wünschenswerten Nachdruck eröffnet worden ist. Sie dürften keine Sehnsucht nach einer nochmaligen solchen „Audienz“ verspüren.

Es ist ferner noch von der Ratkommission als ganz selbstverständlich erklärt worden, daß der Auslegung und Verteilung von Versammlungseinladungen nichts in den Weg gelegt werden könne, sofern es außerhalb der Arbeitszeit geschehe. Ja, man habe auch nichts dagegen einzuwenden, wenn diese Versammlungseinladungen auch an die zum Anschlagen der amtlichen Bekanntmachungen bestimmten Tafel angeheftet würden.

Und das geschieht in Dresden, wo man vor etwa 2 Jahren erst einen Arbeiter eben wegen der Auslegung von Versammlungseinladungen gemahregelt hat. Die damals und seither geübte Art ist also doch ihre Wirkung nicht verfehlt. Das wird so manchem „Gernegroß“ in den einzelnen Betrieben schlecht in den Streifen passen. Doch er wird sich fügen müssen.

Die Ratkommission hat ferner zugesichert, daß die wöchentlichen Abschlagszahlungen so geregelt und in solcher Höhe gezahlt werden sollen, daß sie der wöchentlichen Lohnzahlung gleichstämten. Warum man das diese erst beiseite hat, ist uns unerfindlich. Zu den übrigen Anträgen, welche von den vorstehenden Ausführungen nicht berührt sind, hat die Kommission wohlwollende Berücksichtigung zugesichert.

Nun, es ist gewiß nicht viel, was die Ratkommission den Arbeitervertretern vorgelegt hat. In der ziemlich ausgedehnten Sitzung jedoch, die nahm 3½ Stunden in Anspruch, haben unsere Kollegen soviel gewichtiges Material und stichhaltige Gründe beigebracht und in ziemlich deutlicher Weise ihrer Meinung Ausdruck verliehen, daß die Kommission eine Erweiterung ihrer dem Rat vorzulegenden Beschlüsse nicht im Bereich der Unmöglichkeit gesehen hat, jedoch hütet sie sich vor einer definitiven Festlegung, um nicht an den „Grundpfeilern“ rütteln zu müssen. Die Ratkommission hat ziemlich deutlich durchblicken lassen, daß man das Stadtratsordnungs-Kollegium nicht gern damit beschäftigen möchte. Man möchte den Auseinandersetzungen dort gern aus dem Wege gehen. Und deshalb will man keine Änderung der Allgemeinen Arbeits-Ordnung, sondern man will die unumgänglich notwendigen Verbesserungen außerhalb der Allgemeinen Arbeits-Ordnung durchführen. Das ist bezeichnend.

Für die Arbeiter-Ausschüsse ist diese Angelegenheit vorläufig erledigt. Der Rat in seiner Gesamtheit hat sich nunmehr damit zu beschäftigen. Hoffen wir, daß er diese Sache recht bald erledigt, damit Klarheit geschaffen wird.

Wenn unsere Kollegen in den verschiedenen Betriebsversammlungen ihrem Unmut über das so mageres Ergebnis mit recht scharfen Worten Ausdruck gaben, so ist das nur zu verständlich. Sie tun aber Unrecht, wenn sie die Arbeiter-Ausschüsse dafür verantwortlich machen und verlangen, diese sollten zum Protest ihre Hüften niederlegen. Das wäre verkehrt. Die Ausschüsse haben getan, was in ihren Kräften stand, und wenn sie mit Engelszungen geredet hätten, es wäre kein anderes Ergebnis erzielt worden. Die Schuldigen dafür, daß nicht mehr erreicht wurde, haben wir vielmehr in den Reihen derer zu suchen, die heute noch den Bestrebungen der organisierten Kollegen fremd und gleichgültig gegenüberstehen. Hier haben wir einzusehen, denn je größer unsere Macht, desto größer unsere Erfolge.

Und deshalb dürfen wir nicht erlahmen im Agitieren und Organisieren. Wir müssen alles daran setzen, um die Gesamtheit der städtischen Arbeiter für unsere Bestrebungen zu gewinnen. Dazu aber bedarf es der tatkräftigen Mithilfe aller Kollegen.

Die Revision der Arbeitsordnung für die städtischen Lohnarbeiter in Heilbronn.

I.

Ende Dezember 1909 reichte der Arbeiterausschuß der städtischen Arbeiter ein Gesuch an den Gemeinderat ein, in welchem 10 Anträge zur Abänderung der bisher geltenden Arbeitsordnung gestellt waren. Man war sich bei Einreichung der Forderungen selbst von vornherein darüber klar, daß die Erwartungen nicht allzu hoch gespannt werden dürften, denn weder beim Stadtrat noch bei der reaktionären Mehrheit der Kollegen ist das sozialpolitische Verständnis besonders entwickelt.

Was aber die Beschlüsse der Kollegen vom 28. Juli und 11. August dieses Jahres als positives Resultat zeitigten, ist noch

weniger, als erwartet werden konnte, ja es ist so gut wie nichts, im günstigsten Fall können die Beschlüsse zum Teil als eine Milderung früherer Härten betrachtet werden. Dabei müssen aber auch sogar Verschlechterungen konstatiert werden, wie z. B. bei der Lohnordnung, die seither für sämtliche Arbeiter Geltung haben sollte, während man jetzt bestimmt hat, daß dieselbe nur Wirkung habe für die ständigen Arbeiter, d. h. für diejenigen Arbeiter, welche nach Vollendung des 20. und vor Zurücklegung des 30. Lebensjahres in den Dienst der Stadt treten. Dabei hat sich der Arbeiter noch einer Untersuchung durch den Stadtrat auf seinen Gesundheitszustand zu unterwerfen.

Des weiteren hat man, anstatt dem gestellten Antrage gemäß die Arbeiterinnen des Stadtbades in die Lohnordnung aufzunehmen, nicht nur dieses abgelehnt, sondern auch noch die Monteurgelöhne (soll wahrscheinlich heißen: die Monteurgehilfen) beim Gas- und Wasserwerk und die Gärtnergehilfen bei der Güterinspektion aus der Lohnklasse I gestrichen. Für jede dieser drei Kategorien von Angestellten soll „besondere Lohnfestsetzung für den einzelnen Fall vorbehalten“ bleiben.

Als erste Forderung war gestellt:

„Verkürzung der 10 stündigen Arbeitszeit auf 9½ Stunden, bezw. Verlängerung der einstündigen Mittagspause auf eineinhalb Stunden.“

Mit der Ausrede, daß im Baugewerbe, das ja die meiste Ähnlichkeit mit den in Betracht kommenden städtischen Betrieben habe, die zehnstündige Arbeitszeit erst kürzlich bis 1. April 1913 festgelegt worden sei, wurde die Forderung abgelehnt. Wenn dann noch angeführt wird, daß in manchen Fällen in geschlossenen Betrieben die Arbeitszeit wohl eine kürzere sei, aber diese können doch zum Vergleich nicht herangezogen werden, so ist hierauf zu sagen, daß z. B. der Betrieb des städtischen Gaswerks doch auch nicht in Vergleich mit dem Baugewerbe gezogen werden kann. Dann das sogenannte „Entgegenkommen“, das der Gemeinderat zeigen will, indem er bereit ist, die Mittagspause um eine Viertelstunde zu verlängern, aber die Nachmittagsbesserpause soll dafür um eine Viertelstunde gekürzt werden. Man weiß doch auf dem Rathaus sicher, daß es größtenteils, z. B. den Arbeitern des Tiefbauamts, nicht möglich ist, den oft weiten Weg von und zu der Arbeitsstelle zur nächsten Wirtschaft neben der Vesperinnahme in einer Viertelstunde zurückzulegen, und trotzdem macht man einen nicht durchführbaren Vorschlag! Sogar die winzige Verkürzung von einer Viertelstunde pro Tag, wie sie Gemeinderat Scheurer als Vermittlungsvorschlag beantragte, wurde abgelehnt. Ausschlaggebend bleibt eben eins: Die Rücksicht auf die Betriebe der Privatunternehmer ist oberstes Gesetz.

Des weiteren war als Form der Lohnzahlung für künftige anstatt des bisherigen Stundenlohns der Tagelohn verlangt. Auch dieser Wunsch fand beim Gemeinderat keine Gegenliebe. Um Gründe der Ablehnung war man aber anscheinend doch verlegen, denn als Begründung ist nur angeführt:

„Der Gemeinderat billigt durchaus die Gründe, die den (Verwaltungs-) Ausschuss zu seinem (ablehnenden) Antrag geführt haben.“

Welcher Art diese Gründe waren, verschweigt man aber wohlweislich, denn wenn man der Wahrheit die Ehre geben wollte, so müßte die ablehnende Begründung doch lauten: „Den Tagelohn hat man abgelehnt, weil man beim Stundenlohn im Winter den Tagesverdienst für die im Freien beschäftigten Arbeiter weiter kürzen kann, als dies beim Tagelohn möglich ist.“

Die dritte Forderung bezweckte nur eine nähere Präzisierung des § 16 der Arbeitsordnung, welcher den dispositiven Bestimmungen des § 616 B. G. B. einigermaßen Rechnung tragen soll, weil die bisherige Fassung manchmal in den einzelnen Betrieben auch verschieden ausgelegt wurde. Dies hat man berücksichtigt und außerdem den weiteren Wunsch, daß bei einem einmaligen Umzug im Jahre einem Verheirateten die Zeit bis zu höchstens einen Tag nicht in Abzug gebracht werde.

Die Forderung betr. Ausdehnung des Urlaubs fand auch nur teilweise Berücksichtigung. Bisher gab es nach fünf- bezw. zehnjähriger Dienstzeit einen jährlichen Urlaub von drei bezw. sechs Tagen. Gefordert wurde, daß nach drei, fünf und sieben Dienstjahren ein Urlaub von drei, fünf bezw. sieben Tagen gewährt werden solle.

Die Schichtarbeiter des Gaswerks sollten den gewünschten Urlaub von 3 bezw. 5 bezw. 7 Tagen bereits nach 1 bezw. 3 bezw. 5 Jahren erhalten.

Gewährt wurde, daß künftig der Urlaub nach 3 bezw. 6 bezw. 10 Jahren in Höhe von 3 bezw. 4 bezw. 6 Tagen gewährt wird.

Die Schichtarbeiter des Gaswerks erhalten auch nur den Urlaub wie die übrigen Arbeiter, weil, wie der Verwaltungsausschuss ausführte, für die Schichtarbeiter eine abweichende Regelung nicht zweckmäßig erscheine. Ja, weshalb denn erscheint eine abweichende Regelung nicht zweckmäßig? Von der übertrassen Mehrheit des Gemeinderats kann unter solchen Umständen sicher behauptet werden, daß sie keine Ahnung von der gesundheitschädlichen Arbeit der Schichtarbeiter haben kann, sonst hätte man sicher die alberne Bemerkung in der ablehnenden Begründung nicht gemacht. Wenn von den Herren einmal einer oder der andere eine Visite im Gaswerk macht, dann ist für gewöhnlich alles aufs schönste hergerichtet. Es wäre deshalb das Beispiel eines Goppinger Gemeinderats zu empfehlen, der, um den Betrieb des Gaswerks selber einmal praktisch kennen zu lernen, es versuchte, nur zwei Schichten mitzuarbeiten. Nach eineinhalb Schichten war er aber bereits am Ende seiner Leistungsfähigkeit, trotzdem zwischen dem Beginn der ersten und zweiten Schicht eine 12stündige Pause war!

Was scheren die Herren auch die gesundheitschädlichen Wirkungen des Gaswerksbetriebes? Ist ein Arbeiter verkränkt, so stellt man an dessen Stelle eben einen anderen ein. Es gibt ja genug! Wenn nur der Ueberschuß, den das Werk abwirft, ein möglichst großer ist, damit der Steuerbeutel geschont werden kann. Die Ersparnis hieraus reicht für manchen dann zu einem Teil der Kosten der Vabereise.

Bei der Forderung betr. Ausdehnung der Bezahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Arbeitslohn in Krankheitsfällen wurde wohl eine kleine Milderung der bisherigen Bestimmungen eingeführt, aber diese Milderung ist nichts weiter als eine Selbstverständlichkeit, denn seither bestimmte wohl der § 22 der Arbeitsordnung, daß bei Einweisung in ein Krankenhaus das Krankengeld durch einen häuslichen Zuschuß auf die Hälfte des vor der Krankheit bezogenen Lohnes und bei Verpflegung in der Familie auf drei Viertel des Lohnes erhöht werden solle, aber „die Leistungen von Zuschüssen irgendwelcher Art“ wurden in Abzug von dem Zuschuß gebracht. Jeder Arbeiter, der also, vorsorglich für seine Familie, sich gegen Krankheit noch privat versichert, wurde durch diese Bestimmung gewissermaßen um den Betrag der für die private Versicherung zu leistenden Beiträge bestraft. Künftig sollen in die Differenzbezahlung nur noch die Bezüge aus der reichsgesetzlichen Krankenversicherung eingerechnet werden. In der Gewährung der vollen Differenz bei Verpflegung in der Familie beziehungsweise bis auf drei Viertel des Lohnes bei Krankenhausbehandlung konnte man sich noch nicht aufschwingen. Anscheinend steht auch heute noch der Gemeinderat auf dem Standpunkt, den in der Sitzung der bürgerlichen Kollegien vom 25. April 1907 der Herr Oberbürgermeister Dr. Göbel vertrat, als Gemeinderat Tabler den Antrag auf Gewährung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld stellte. Dort kam nämlich zum Ausdruck: „Ein kleiner Anreiz, um wieder in den vollen Tagelohn einzutreten, sollte immerhin vorhanden sein“. Also: Wenn der Arbeiter im Krankheitsfalle auf den Bezug des ganzen Einkommens Anspruch hat, dann geht er überhaupt nicht mehr zur Arbeit! Niedriger kann man den Arbeiter doch überhaupt nicht mehr einschämen, als es hier geschieht. Wenn auch bei langer Krankheit die Familienverhältnisse des Arbeiters vollständig zerrüttet werden, was kümmert dies die Herren Machthaber, die Hauptsache ist, daß er möglichst frühzeitig wieder zur Arbeit geht. Auch ist der zermürbte Arbeiter nicht mehr so selbstbewußt und daher besser zu regieren als derjenige, welcher in geordneten Verhältnissen lebt.

Die auf die Wahl des Arbeiterausschusses bezügliche Forderung, daß den Namen der zu wählenden Vertreter und Ergänzmänner die entsprechende Bezeichnung beigelegt werden solle, anstatt daß nur doppelt so viel Namen als Vertreter zu wählen sind, auf dem Stimmzettel stehen müßten, von denen die Hälfte mit der höchsten Stimmenzahl als Vertreter und die nächstfolgenden als Ergänzmänner zu gelten hätten, wurde akzeptiert. Es war bisher auch geradezu verständlich, daß es dem Zufall allein überlassen werden mußte, wer als Vertreter und wer als Ergänzmänner zu gelten hatte.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1909.

1. Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung.

Die wirtschaftliche Lage im Jahre 1909 war für die Kämpfe der Arbeiterchaft um Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht erheblich günstiger als die des Krisenjahres 1908.

Die Besserung der wirtschaftlichen Konjunktur setzte erst im Laufe des Jahres und dann so allmählich ein, daß sie einen fördernden Einfluß auf Zahl und Umfang der Bewegungen nicht mehr auszuüben vermochte. Nicht mit der eingetretenen Besserung zugleich waren die für die Arbeiter so überaus schädlichen Folgen der Krisis überwunden, welche sich besonders durch die bis Ende des Jahres andauernde starke Arbeitslosigkeit und ein damit verbundenes Ueberangebot von Arbeitskräften bemerkbar machten. Die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands herausgegebene Statistik über: „Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen des Jahres 1909“ bietet uns deshalb im allgemeinen ungefähr das gleiche Bild wie die Statistik des Vorjahres. Die Zahl der Bewegungen ist zwar gestiegen, aber nicht dieiffer der an den Bewegungen beteiligten Personen; diese hat im Gegenteil eine Verminderung erfahren. Beide Erscheinungen stehen lediglich mit den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung in Verbindung; sie sind auch nicht von solcher Bedeutung, daß daraus weitgehende Schlüsse gezogen werden könnten. Betrachtet man jedoch das Ergebnis der Statistik in ihren einzelnen Teilen, so ist man geneigt, anzunehmen, daß die eingetretene Besserung der wirtschaftlichen Lage doch nicht ganz ohne Einfluß auf den Verlauf der Bewegungen gewesen ist. Die Erfolge und Resultate der Bewegungen sind günstiger, als sie im Jahre 1908 erzielt wurden.

Es fanden insgesamt 6796 Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung statt; daran waren 480 205 Personen beteiligt. Das Jahr 1908 wies dagegen 5837 Bewegungen mit 576 317 Beteiligten auf. Die Zahl der Bewegungen ist um 959 = 16,4 Proz. gestiegen, und die Zahl der Beteiligten hat sich um 66 112 = 10,7 Proz. verringert.

Von den 6796 Bewegungen des Jahres 1909 verliefen 4507 = 66,3 Proz. mit 348 061 beteiligten Personen = 72,7 Proz. ohne Arbeitseinstellung; 1908 fanden 3807 derartiger Bewegungen statt, woran 449 434 Personen beteiligt waren. Die Zahl der Bewegungen ist um 900 = 25,0 Proz. gestiegen; jedoch hat sich die Zahl der Beteiligten um 100 473 = 22,4 Proz. verringert. Die Bewegungen waren wohl zahlreicher, aber von geringerem Umfang; es entfielen im Durchschnitt auf jede Bewegung 1908: 125 und 1909: 77 Beteiligte.

Der Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen dienten 3227 Bewegungen = 71,0 Proz. mit 288 327 Beteiligten = 82,6 Proz., und 1280 = 28,4 Proz. mit 60 634 Beteiligten = 17,4 Proz. wurden veranlaßt durch beabsichtigte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens der Unternehmer.

Die Angriffsbewegungen endeten in 2243 Fällen = 69,5 Proz. mit 169 903 Beteiligten = 58,9 Proz. erfolgreich, in 556 Fällen = 17,2 Proz. mit 73 165 Beteiligten = 25,4 Proz. teilweise erfolgreich und in 321 Fällen mit 27 564 Beteiligten erfolglos. 107 Bewegungen mit 17 695 Beteiligten waren am Jahreschlusse nicht beendet. Unter letzteren befinden sich 48 Bewegungen des Brauereiarbeiterverbandes und 46 Bewegungen des Verbandes der Gemeindearbeiter. Von den Abwehrbewegungen war der Ausgang in 989 Fällen = 77,3 Proz. mit 40 357 Beteiligten = 66,6 Proz. erfolgreich, in 171 Fällen = 13,4 Proz. mit 17 860 Beteiligten = 20,4 Prozent teilweise erfolgreich und in 119 Fällen mit 1872 Beteiligten erfolglos; eine Bewegung mit 545 Beteiligten war am Jahreschlusse nicht beendet.

Der Ausgang der Angriffsbewegungen war günstiger als im Jahre 1908; die mit teilweiseem Erfolg beendeten Bewegungen sind zurückgegangen, dagegen haben sich die erfolgreich beendeten Bewegungen absolut und prozentual erheblich vermehrt. Das gleiche kann leider nicht auch von den Abwehrbewegungen gesagt werden. Bei diesen sind die erfolgreich beendeten Bewegungen gegen das Jahr 1908 noch etwas weiter zurückgegangen. Daß sich die Zahl der mit teilweiseem Erfolg beendeten Bewegungen erhöht hat, will nichts besagen, denn bei den Abwehrbewegungen bedeutet „teilweiser Erfolg“, daß die in Frage kommenden Arbeiter mit einer teilweisen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fühllos nehmen mußten.

Die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung verursachten eine Ausgabe von 113 152 M.; es waren daran beteiligt 47 Verbände.

Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland.*)

Eines der besten Erzeugnisse der deutschen Geschichtsliteratur, Paul Kampfmehrs Buch „Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland“, ist jetzt in 2. Auflage erschienen, nachdem es einer vollständigen Neubearbeitung unterzogen wurde. Das Wort des „kommunistischen Manifestes“ von Karl Marx und Friedrich Engels: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Kämpfen“ findet in dem vorliegenden Werk seine volle Verwirklichung. Insbesondere zieht sich wie ein roter Faden

*) Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland von Paul Kampfmeyer, 2. Auflage, Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis: Gebunden 2 M.

die Knechtung und Ausfagung des Bauernstandes durch Junker, Fürsten und Pfaffen vom frühen Mittelalter bis weit in die Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts hinein durch das ganze Buch.

Die Grundlage der Wirtschaftsweise im frühen Mittelalter waren die Markgenossenschaften. Diese gründeten sich auf den gemeinsamen Besitz der Wälder, Wiesen, Weiden, Felder, Wege und Stege, Bäche, Flüsse und Seen. Zerstörend und zerschendend auf die Markgenossenschaften wirkte aber bald die Begründung festen Privateigentums ein. Großer Grundbesitz häufte sich nach der Eroberung römischer Provinzen in den Händen geistlicher und weltlicher Würdenträger. Diese Großgrundbesitzer zwangen die freien Bauern in das Knechtschaftsrecht hinein, machten sie dienst- und ginspflichtig und nahmen ihnen das freie Verfügungsrecht über ihre Scholle. Zu der wirtschaftlichen Hörigkeit gesellte sich bald die politische. Kampfmeher weist nach, wie die Leibeigenschaft der freien Bauern zu ihrer politischen Entrechtung angewandt wurde. Die freien Bauern bilden nicht mehr den Grundstock des Heeres, sie entscheiden nicht mehr ihre politischen Geschicke selbst in öffentlichen Volksversammlungen. Der Ritterstand bildet sich als neuer Wehrstand, die Rechtsprechung wird nach und nach dem Volke entfremdet, die Justiz wird eine Klassenjustiz und der Staat ruht vollständig in den Händen der mit starken Machtmitteln ausgerüsteten Grundherren. Das Buch schildert dann die politische und wirtschaftliche Stellung des Ritterstandes und der Geistlichkeit und der letzteren Einfluss auf das ganze öffentliche Leben.

Einen vollständigen Umschwung in diese Verhältnisse brachte die Umwandlung der Natural- in die Geldwirtschaft. Die Macht der Fürsten und besonders die des Kaisers war bis dahin eine sehr geringe, die geistlichen und weltlichen Großgrundherren hingegen die eigentlichen Herrscher Deutschlands. Umsturzgedanken schwebten nunmehr in Deutschland überall in der Luft. In der revolutionären Bevölkerung erhob Thomas Münzer seine Stimme für eine gewalttätige Revolution der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Mit großer Festigkeit befehlete die Partei der Ritter die vernünftige Kirche und Luthers Lehren gaben der sozialen Revolution einen kräftigen Anstoß. Die weltlichen Fürsten erzwangen sich die Leibeigenschaft über die Kirche vollständig, verstaatlichten letztere und bemächtigten sich ohne viel Federlesens der reichen Kirchengüter. Die Geistlichen wurden Staatsdiener und der weltlichen Gerichtsbarkeit unterstellt. Der Landesherren entschied über die religiösen Bekenntnisse seines Landes und die Kirchengebote wurden gleichsam Polizeiparagraphen. Kirchenverfallnis wurde mit weltlichen Strafen, in Kurpfaffen sogar mit Gefängnis belegt. Der Ritterstand als Kriegerklasse verschwand und machte den Soldnerheeren Platz. Durch die Niederwerfung der Bauernaufstände lagen die süd- und mitteldeutschen Bauern den adeligen Grundherren und Landesfürsten total gedemütigt und entwürdig zu den Füßen. Eingehend wird dann die Verknöchtung, das Schinden und Schaben und die brutale Mißhandlung der eitelbischen Bauern geschildert. Die Herrschaft des absoluten Staates, seine Einmischung bis in die kleinsten Privatverhältnisse seiner Untertanen erfahren ihre Kritik. Kulturgeschichtliche Schilderungen des religiösen Aberglaubens, des Liebes-, Familien- und Geisteslebens, besonders die total unwürdigen Schulverhältnisse im 17. und 18. Jahrhundert werden gegeben. Der Einfluss der französischen Revolution und napoleonischen Herrschaft in Deutschland auf die deutschen Verhältnisse, die Entziehung freier Bauern und freier Landarbeiter werden in weiteren Abschnitten behandelt. Es folgen dann Schilderungen über die Anfänge des industriellen Kapitalismus und Deutschlands Gesellschaftsklassen im Jahre 1848. Die letzten Kapitel behandeln die Ära der kapitalistischen Hochblüte, das mobile und kollektive Moment in der modernen Gesellschaft und die endliche Befreiung des Menschen aus jeglicher Knechtschaft, die Aufhebung jeglicher Klassenunterschiede. Alles in allem genommen gibt das Werk nicht nur ein anschauliches Bild der sozialen Entwicklung Deutschlands vom Mittelalter bis in die Neuzeit, sondern es eignet sich auch vortrefflich zur Einführung in das Studium der deutschen Kulturgeschichte. Möge das Buch daher eine sehr weite Verbreitung und großen Leserkreis finden, besonders auch unter unseren Kollegen.

G. K.

• Notizen für Gasarbeiter •

Urlaubsverweigerung in Berliner Gasanstalten. Auf Anordnung der Gasdirektion ist in der Gasanstalt Danzigertrape einer Reihe von Kollegen, die 7 bis 8 Wochen krank gewesen, der Sommerurlaub verweigert worden. Die Gewährung desselben wurde abhängig gemacht von der Einreichung eines besonderen Antrages. Eine Anzahl organisierter Kollegen sind dem an sich un gerechtfertigten Verlangen nachgekommen. Hierbei mußte sich die Verwaltung darauf aufmerksam machen lassen, daß sie mit der Verweigerung des Urlaubs ein den Kollegen gegebenes Versprechen nicht innehält. Bei länger wie sechswochenlanger Krankheit erhalten die beschäftigten die formelle Entlassung ins Haus geschickt. Diese an sich zu verurteilende Handlungsweise wird aber

u. a. gemildert durch die Bemerkung im Entlassungsschein, daß die Anwartschaft auf Ruhewgeld und Urlaub nach erfolgter Wiedereinstellung keine Einbuße erleidet. Verlangt muß aber werden, daß danach auch gehandelt werde. Im übrigen, und das ist der Dilemma wie Deputation in einer übermittelten Resolution nahegelegt, verstoßt das Verfahren gegen die Beschlüsse der Stadtverordneten und des Magistrats. Entgegen dem berühmten Erlaß des Bürgermeisters Reide vom August 1906 haben die vorgenannten Körperschaften beschlossen, daß auch erkrankten Arbeitern der Sommerurlaub zu gewähren ist. Wir wünschen, daß der Herr Stadtrat Ramsau in dem vorliegenden Fall sich auf seine Eigenschaft als Mitglied des Berliner Magistrats besinne und den Beschlüssen desselben Anerkennung verschafft. Solche unnötigen und kleintlichen Schereien können und müssen vermieden werden. Dann muß auch in dem Fall des Arbeiters Stahlberg, demgegenüber eine vierwöchentliche Krankheit und eine vierzehntägige militärische Übung als Grund zur Verweigerung des Urlaubs herhalten mußte, nachträglich sein gutes Recht werden.

Dresden. Zur Lohnbewegung der Maurer in den hiesigen Gaswerken ist mitzuteilen, daß die Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit dem Betriebsamt keinen Erfolg hatten. Das Betriebsamt, richtiger der Raurat Wahl, erklärte, es liege nicht in seiner Macht, an den festgesetzten Staffellohnen etwas zu ändern; ja, er habe nicht einmal die Macht, einen besonderen Zuschlag zu bewilligen. Durch die im vorigen Jahre erfolgte Neuregelung der Löhne sei allen Amtsvorständen die Entscheidung in Lohnfragen genommen. Jetzt sei nur noch das Personal- und Arbeitsamt die zuständigen Instanz. Er habe die Anträge der Maurer diesem Amt überwiefen und das werde die Entscheidung treffen. Der Herr Raurat konnte bei den Verhandlungen gar nicht begreifen, warum die Arbeiter, besonders aber die Maurer, so ungeheuer nach Erhöhung der Löhne verlangten. Wertwürdig, der Raurat scheint demnach ganz vergessen zu haben, daß bei der vorjährigen Lohnregulierung die Handwerkerlöhne ja wohl auch neu geregelt, aber nicht etwa erhöht, im Gegenteil herabgesetzt wurden; das heißt für diejenigen, die neu eintreten. So ist es gekommen, daß die jetzt beschäftigten keine Zulage erhielten, weil, ja weil ihre gezahlten Löhne schon den höchsten Staffellohn ausmachten! Und da ist der Herr Raurat verwundert, wenn nunmehr nach Jahresfrist die Handwerker mit Nachdruck eine wirkliche Lohnerhöhung verlangen! Weiter äußerte der Raurat, daß, wenn die Lohnforderungen der Handwerker kein Ende nehmen, dann ganz einfach überhaupt keine gelernter Arbeiter mehr eingestellt würden. Man werde dann eben Arbeiter zu diesen Arbeiten anlernen und ihnen einen Lohnfab zahlen, den man für gut befände. — Das eröffnet ja recht nette Aussichten! Und wir stehen nicht an, Handwerker in jeden Verus des guten Rat zu geben, die städtischen Werke zu meiden! Vielleicht kommt dann der Raurat auch wieder zu einer anderen Ansicht. — In ihrer Versammlung vom 20. August nahmen die Maurer den Bericht entgegen. Nach längerer Debatte beauftragten sie den Ausschuss, nunmehr umgehend mit dem Personal- und Arbeitsamt zu verhandeln und einen definitiven Bescheid herbeizuführen, ob überhaupt eine Lohnerhöhung zu erwarten sei. Danach werden sie dann ihre weiteren Maßnahmen beschließen.

• Aus den Stadtparlamenten •

Megensbura. Unser Verband hatte im April dieses Jahres zu die städtischen Kollegien den Antrag gestellt, den städtischen Arbeitern wolle ab 1. Mai 1910 eine Feuerungszulage von 20 Pf. pro Tag gewährt werden. Die beiden städtischen Kollegien beschlossen in ihren Sitzungen vom 9. und 24. August, ab 1. September eine solche von 10 Pf. pro Tag für alle städtischen Arbeiter zu gewähren und die Arbeitszeit für Tagarbeiter sowie für jene im Freien beschäftigten Arbeiter von 10 auf 9½ Stunden herabzusetzen. Hiermit ist den Arbeitern eine Verbesserung zugestanden worden, die wohl allgemeine Anerkennung verdient. Bemerkenswert ist, daß sich hier, wie in so manchen Städten Deutschlands, eine Kolonialvereinigung eingewurzelt hat. Sie reichten, zum Schaden der Arbeiter, eine Petition mit einem Unterangebot ein. Wäre diese „Forderung“ der Stadtarbeitervereinigung von 1 bis 2 Pf. pro Stunde nicht vorgelegen, so hätte unsere Eingabe sicher einen besseren Erfolg zu verzeichnen. Mögen die Megensburger städtischen Arbeiter dies vorerst zur Kenntnis nehmen und dieser Vereinigung nach Gebühr A die ul zurufen.

Straubing. Unterm 23. April richtete unser Verband an den dortigen Magistrat das Ersuchen, dem gegen Tages- oder Stundenlohn beschäftigten Personal im städtischen Elektrizitätswerk ab 1. Mai eine Feuerungszulage von 20 Pf. pro Tag zu gewähren. Laut Beschluß des Magistrats wurde diese Forderung unter nicht stichhaltigen Gründen abgelehnt. Im August wurden die gleichen Arbeiter, denen man vorerst die bescheidene Lohnzulage abspach, um 10 und 20 pro Tag aufgebessert, mit dem ausdrücklichen Hin-

weis, daß diese Lohnzulage keineswegs mit unserer Petition in Zusammenhang stehe. Es kann uns schließlich gleichgültig sein, ob das formell zugestanden wird oder nicht. Als ein Erfolg unsererseits ist es doch zu betrachten. Mögen unsere Kollegen weiterbauen auf der gesegneten Stufe und so eine Etage zum Siege errichten.

♦ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung ♦

Krankentassen und Unfalluntersuchung. Nach dem Unfallversicherungsgesetz ist die Polizei verpflichtet, bei Betriebsunfällen, die voraussichtlich einen Rentenanspruch zur Folge haben, eine Unfalluntersuchung vorzunehmen. Anträge auf Unfalluntersuchung können auch von der Krankentasse gestellt werden. Zweck dieser Untersuchung soll hauptsächlich sein, in zweifelhaften Fällen die Veranlassung und Art des Unfalls festzustellen. Es können natürlich auch Zeugen vernommen werden. Die Polizei ist verpflichtet, ebenso wie der Berufsgenossenschaft auch der Krankentasse von dem Termin der Unfalluntersuchung rechtzeitig Kenntnis zu geben. Und dem Kassenvorstand ist durch Gesetz das Recht eingeräumt, sich in diesem Termin durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen. Der Bevollmächtigte kann Vorstandsmitglied oder Kassenanangestellter sein. Leider machen von diesem Recht nur sehr wenige Kassen Gebrauch. Eine der wenigen Kassen, welche dieses Recht ausnützt, ist die Allgemeine Christkranke Kasse. Zur Wahrnehmung der Unfalltermine sind fünf Vorstandsmitglieder bestimmt (zwei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer). Diese Herren nahmen im Jahre 1909 an 267 Unfallverhandlungen teil. Ueber den Nutzen dieser Einrichtung schreibt die Kasse in ihrem letzten Geschäftsbericht: „Durch sachgemäße Fragen unserer Beauftragten in den fraglichen Terminen wurde schon mancher zweifelhafte Unfall aufgeklärt und den betreffenden Verletzten hierdurch zu ihrem Recht verholfen. Da es sich herausgestellt hat, daß die Teilnahme von Vertretern der Kasse an den Unfalluntersuchungen für die Mitglieder von großem Vorteil ist, werden wir nicht verfehlen, diese Einrichtung auch in Zukunft bestehen zu lassen.“ Wir können diese Praxis nur allen Krankentassen zur Nachahmung empfehlen. Vielfach hat auch die Kasse selber ein großes Interesse an den Unfalluntersuchungen (zum Beispiel dann, wenn sie für einen Unfallverletzten bis über die 13. Woche nach dem Unfall eintreten muß). Erhält der Verletzte keine Rente, dann kann natürlich die Kasse für ihre nach der 13. Woche gemachten Aufwendungen auch keine Ersatzansprüche gegen die Berufsgenossenschaften stellen. Und sind Fälle bekannt, wo die Vertreter der Berufsgenossenschaften, die natürlich bei diesen Terminen nie fehlen, die Verletzten direkt zu der protokolllarischen Erklärung veranlaßt haben, daß sie auf Rente verzichten, und zwar zu einer Zeit, in der die Verletzten den Verlauf der Krankheit noch gar nicht mit Sicherheit voraussehen konnten. Später war es dann diesen Verletzten sehr schwer, trotzdem eine Rente zu erhalten. Von der Verwaltung der Berufsgenossenschaften sind die Arbeiter vollständig ausgeschlossen und sollen es auch in Zukunft bleiben. Um so notwendiger ist es, daß sie die wenigen Rechte, die sie haben, gründlich ausnützen. Dazu gehört vor allem auch die Beteiligung an den Unfalluntersuchungsterminen. Durch die Krankentassen können die Arbeiter sich einen gewissen Einfluß auf die Ermittlung der Betriebsunfälle sichern. Wir empfehlen daher unseren Kollegen, die Vorstandsmitglieder von Krankentassen sind, dieser Frage erhöhte Beachtung zu schenken.

♦ Aus unserer Bewegung ♦

Ansbach. „Hätten Sie besser gespart, dann brauchten Sie keine Rente,“ sagte unser Rechtsrat kürzlich zu einem kranken städtischen Tagelöhner, welcher ihn ersuchte, die Invalidenrente zu beantragen. Der Rechtsrat muß in dem schönen Wahn leben, daß so ein städtischer Tagelöhner ein Leben in Saub und Praus führt. Wenn der Herr sich bemühen würde, ein wenig nachzurechnen, was die Ansbacher städtischen Arbeiter immer schon für Hungerlöhne bezogen haben, so würde er einen solchen Anspruch nicht gebrauchen können. Heute haben unsere städtischen Kollegen im Sommer den horrenden Lohn von 2,50 Mk., im Winter 2,30 Mk. pro Tag; vor zwei Jahren waren es 2,10 Mk., vor 12 Jahren 1,50 Mk. usw. Daß ein Beamter, der selbst bei jeder Gelegenheit mit Freude zugreift, wenn er Gehaltszulage erhält, im 20. Jahrhundert noch einen Anspruch gebraucht, ist bezeichnend für den Geist, der im Kopfe dieses Beamten steckt! Daß er den armen kranken Proletarier blutig verhöhnen wollte, nehmen wir zu seiner Ehre nicht an!

Augsburg. Am Sonntag, den 28. August, tagte im Gasthaus „Wittelsbacher Hof“ eine gut besuchte Versammlung der hiesigen Filiale. Geschäftsführer Genosse Inhofer, der einen lehrreichen Vortrag über: „Die Zunahme des Nationalvermögens im Deutschen Reich“ hielt, entledigte sich unter allgemeiner Spannung der Zuhörer mit großem Geschick seiner Aufgabe. Einleitend entrollte

Redner ein Bild der elenden Lage, in der sich zurzeit die „niedere“ Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, befindet. Neben Verteuerung aller Lebensmittel stiegen auch die Preise der sonstigen Bedarfsartikel. Und nicht zuletzt sind es die Hausagrarier, die die kleinen Lohnerhöhungen durch Steigerung der Wohnungsmiete wieder illusorisch machen. So ist es gekommen, daß die Arbeiterschaft heute schlechter gestellt ist als je. Redner entrollte sodann die vorjährige Gebalts- und Pensionsregelung der staatlichen Beamten im bayerischen Landtag. Treffend führte er dabei den Anwesenden vor Augen, wie man oben nach Tausenden von Mark pro Jahr aufgebessert hat, den unteren Beamten dagegen mit wenigen Worten und kleinen Gnadengaben abgespeist hatte. Für die Arbeiter hatte man überhaupt nichts als leere Worte. Hauptgegner bei der Aufbesserung der Arbeiter waren die Renommierchristen, auch christliche Arbeiterssekretäre genannt. Hätten sich die Arbeiter schon frühzeitig einer modernen Organisation angeschlossen und dadurch mitgeholfen an der Verbesserung ihrer eigenen Lage, so würden wir schon bedeutend weiter sein. Es ist höchste Zeit, ganz besonders bei den Augsburger städtischen Arbeitern, durch den Ausbau der modernen Organisation das Versäumnis nachzuholen. Nur Geschlossenheit der Arbeiter kann einen Sieg für sie bedeuten. Dem Vortrag folgte eine lebhafteste Diskussion, in der Wünsche und Anfragen geäußert wurden. Nach Beantwortung derselben wurde von einigen Kollegen sowie von dem Vorsitzenden mit feurigen Worten zum Beitritt in den Verband aufgefodert; hofentlich ist diese Aufforderung nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen. Mögen alle städtischen Arbeiter die Lehre daraus ziehen und dem Verband durch ihren Beitritt den Rücken stärken. Dann dürfte die Zeit nicht allzu weit entfernt liegen, wo über das „dunkle“ Augsburg der helle Tag einbricht.

Darmstadt. Im Laufe des Monats August fanden mehrere Versammlungen statt, die mit Ausnahme derjenigen der Laternenwärter recht erfolgreich für unsere Filiale verliefen. Die Versammlung der Laternenwärter zeigte, daß im Aufenthalts- und Schlafraum Zustände herrschen, deren Beseitigung allein in hygienischer Beziehung dringend gefordert werden muß. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung fand am 13. August im Gewerkschaftshaus statt. Die Teilnahme an dieser Versammlung war eine so zahlreiche, daß der Saal die Ankomenden nicht alle zu fassen vermochte. Den Anlaß zu diesem Besuche bot die unschöne Art des gelben Vereins städtischer Arbeiter, die Kollegen von dem Eintritt in den Verband abzuhalten bzw. abwendig zu machen. Alle Mienen ließen diese Leute springen, um ihrem Mitgliederchwund zu steuern. „Eingefandte“ in hiesigen Zeitungen, in denen der Verband und seine Einrichtungen in gemeinster Weise verleumdeter werden, Schikanieren der organisierten Kollegen und ähnliche Mittel sollen dazu dienen, den obengenannten Zweck zu erreichen. Vorstandsmitglieder, Vorarbeiter, Kolonnenführer und Mitglieder haben sich in diesem Treiben zusammengefunden, sogar der Vereinsdiener, der gar nicht einmal städtischer Arbeiter ist, hat die Gelegenheit benutzt, beim Einfassieren die Frauen der Kollegen anrufend zu machen. Und der Erfolg? Unsere Filiale hat ihre Mitgliederzahl nahezu verdoppelt und einen Bestand von 140 Kollegen erreicht. In klarer Weise zeigte der Referent, Kol. Sedemann, den aufmerksamen Zuhörern, wie sie ihr Verhalten gegenüber diesen Machinationen einzurichten haben. Um den Organisationsgegnern Gelegenheit zu geben, ihre Angriffe öffentlich zu wiederholen, wurde beschlossen, am 15. September eine allgemeine öffentliche Versammlung für die städtischen Arbeiter einzuberufen. — Am 20. August fand eine Betriebsversammlung für die Kanalbauarbeiter statt. Die Kollegen dieses Betriebes waren nahezu alle erschienen und nach einem Referat des Kol. Ruppert schlossen sie sich der Organisation an. Während der Diskussion wurde Klage darüber geführt, daß die Kollegen, deren Arbeitsstelle so weit von der Stadt entfernt liegt, daß sie in der Mittagspause ihr Essen nicht zu Hause einnehmen können, nur eine sehr unzulängliche Entschädigung erhalten (1 Stunde pro Tag mehr), sowie daß sie den weiten Weg nach und von der Arbeitsstelle, der nahezu eine Stunde beträgt, in ihrer „freien“ Zeit zurücklegen sollen. Auch lassen die von der Stadt gestellten „Wasserbüchsen“ Stiesel zu wünschen übrig. — Am 24. August fand eine Betriebsversammlung für die Gaswerksarbeiter statt, zu der auch Kollege Sedemann erschienen war. Besprochen wurde, Entfernungszulagen zu fordern, analog wie beim Kanalbau, und die Beseitigung der Astfordarbeit zu verlangen. Das Ausladen der Kohlen, das im Astford geschieht, bietet andauernd eine Quelle der Streitigkeiten und Uneinigkeiten zwischen den beteiligten Arbeitern, die zu allem Ueberflus noch selbst die Gefoppten sind. Zum Beispiel laden vier Mann bei angestrengter Arbeit einen Waggon von 300 Zentner in einer Stunde aus und würden dann 82 Pf. verdient haben, so erhalten sie (damit sie nicht zu äppig werden!) 63 Pf. ausbezahlt. Zum Schluß sei noch die Betriebsversammlung der Straßenreinger erwähnt, die am 1. September stattfand. Der Besuch war ein recht guter. Leider fehlten viele Unorganisierte, wo ihnen doch Gelegenheit geboten war, im engeren Kreise die Verdächtigungen zu wiederholen, mit denen sie sonst so verschiedentlich gegen ihre organisierten Kollegen und den Verband vorgehen. Eine

Agitationsprobe der Gelben wollen wir der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Als ein organisierter Kollege, ein ruhiger stiller Arbeiter, des Hänselns und Schikanierens müde, bei dem Betriebsinspektor dieserhalb vorstellig wurde, erlaubte sich der Kolonnenführer, den Beschwerdeführer zu fragen: „Was wollen Sie Kinder denn?“ Dabei ist dieser Herr Vorstandsmitglied, also „Arbeitervertreter“ beim städtischen „Arbeiterverein“. — Für die organisierten Kollegen geht aus dem Ganzen hervor, daß sie alle ihre Straftat ansehn müssen, die Nichtorganisierten dem Verbanne zuzuführen. Nur auf diesem Wege ist es möglich, die Lage der Arbeiter wirklich zu verbessern. In bezug auf die Entfernungszulagen sei erwähnt, daß in dem von uns im Mai vorigen Jahres eingereichten Entwurf einer Arbeitsordnung im § 16 eine Entfernungszulage von 1 Mk. verlangt wird, falls die Arbeitsstelle so entfernt ist, daß der Arbeiter sein Mittagessen nicht zu Hause einnehmen kann. Die Einführung einer Arbeitsordnung zu verlangen, ist unsere nächste Aufgabe. Sache der Kollegen ist es, durch Agitation und regen Versammlungsbefuch hierzu den Weg zu ebnen.

Vortrags. Eine Versammlung der städtischen Arbeiter tagte am 28. August im Lokale von Martin. War der Versammlungsbesuch auch nicht schlecht zu nennen, so hätte er doch besser sein können. Hier mag aber die Neugierigkeit der Kollegen eine Rolle gespielt haben. Hatten sie doch zum Teil zusehen müssen, wie man den Mann, der die Handzettel verbreitete, von der Straße weg verjagte, als er die Einladungszettel nicht freiwillig an den Schuhmann abgab. Der Schuhmann wurde von dem Portier des Schlachthofes auf den Verteiler aufmerksam gemacht. Auf der Polizeiwache wurden die Personalien festgestellt und die Handzettel abgenommen. Von unserer Seite werden die nötigen Schritte unternommen, um dem Schuhmann klarzumachen, daß er kein Recht zu solchen Maßnahmen hat. Trotzdem hatte die Versammlung einen guten Verlauf. Kollege Heinr. Lüpfeldt referierte über: „Die Aufgaben der Städte als Arbeitgeber“. Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. An den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion. Ein anwesender organisierter Staatsarbeiter bedauerte, daß der Referent in seinen Ausführungen nicht näher auf die Verhältnisse der Staatsarbeiter eingegangen sei. Kollege Heine wie auch Kollege Heins gingen in der weiteren Diskussion ausführlich darauf ein. Bei der sehr anregenden Diskussion konnte man die Wahrnehmung machen, daß sich auch hier die Arbeitskollegen mit der Zeit mehr an der Diskussion beteiligten, als dies sonst der Fall war. Dies ist nur erfreulich, denn dazu sind unsere Versammlungen da, daß sich ein jeder Kollege ausprechen soll. Nachdem noch einige Anfragen erledigt, wurde die Versammlung um 5 Uhr geschlossen.

Erfurt. Am 19. August hielten die Gasarbeiter eine Versammlung ab, in welcher Kollege Verthold - Leipzig über „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse früher und jetzt“ referierte. Redner streifte in seinem Vortrag den letzten Bauarbeiterkampf, welcher zur Genüge gelehrt habe, daß ohne festen Zusammenschluß aller Arbeiter nicht das Geringste erreicht werden könne. Auch in Zukunft müsse mit großen wirtschaftlichen Kämpfen gerechnet werden. Ein Beweis hierfür sei auch jetzt an der Aussperrung der Werksgehaltigen gegeben. Wehr denn je müsse daher die Verberbeit für die Organisation betrieben werden. Für seine Ausführungen fand der Referent ungeteilten Beifall. Im weiteren wurde der Nordhäuser Gasarbeiterstreik einer eingehenden Kritik unterzogen. Verbast wurde bedauert, daß von Seiten der Nordhäuser Kollegen nicht mehr erreicht werden konnte. Die Minierarbeit der Arbeitswilligen hat auch hier wieder seine Früchte gezeitigt. Wegen Streikbruch wurde das Mitglied Rmler nach § 8 Abs. 2 des Verbandstatuts ausgeschlossen. Ein Nachspiel wird der Nordhäuser Streik auch für die hiesige Zilliale haben, indem Kollege Marx von dem arbeitswilligen Schmied Hartmann wegen Verdröhung zur Anzeige gebracht wurde. Es wurde in dieser Versammlung bekannt gegeben, daß nicht Hartmann, sondern die Verwaltung die Anzeige erstattet, nur hat letzterer dieselbe mit seinem Namen gedeckt. Die Anwesenden waren über das Vorgehen der Verwaltung sehr entrüstet. In bezug auf die Organisation der städtischen Arbeiter muß festgestellt werden, daß sie nach wie vor sich jedem Fortschritt entgegensetzen. Von Seiten des Vorstandes wurde deshalb eine systematische Hausagitation empfohlen, um endlich auch hier einmal einzudringen. Von Teilnehmern der Versammlung wurde die Anregung gegeben, rechtzeitig bei der Stadtverwaltung anzufragen, in wie weit bei Übernahme der Gasanstalten die jetzt beschäftigten Gasarbeiter mit übernommen werden sollen. Der Vorstand wurde damit beauftragt. Der Vorwende ernannte zum Schluss in eindringlicher Weise, eine lebhaft Agitation in der Zeit bis zum 1. Januar 1911 unter den Gasarbeitern und den übrigen städtischen Arbeitern zu betreiben, damit die Stadtverwaltung gleich von vornherein mit einer möglichst organisierten Arbeiter zu rechnen hat. Dies mache sich besonders notwendig, da gezwungenermaßen im Frühjahr Forderungen gestellt werden müssen, schon deshalb, weil die Forderungen der Arbeiter, die in diesem Jahre eingebracht wurden, zurückgestellt worden sind. Ein Ausgleich zwischen Lebensmittelpreisen und Lohn müsse geschaffen werden. Die Gasarbeiter haben es in der

Hand, sich bessere Verhältnisse zu schaffen, wenn jeder Wahlberechtigte bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen seine Stimme den von der Arbeiterchaft aufgestellten Kandidaten gibt.

Hamburg. Als im Juni d. J. die in den Betrieben der Baudeputation, Stadtwasserwerk und Kohnenbetrieb der Gaswerke beschäftigten Hilfsarbeiter (durch Unternehmer gestellte Arbeiter) einen höheren Arbeitslohn forderten, bemühte sich daraufhin eine Kommission dieser Arbeiter, zunächst von der Baudeputation eine Aufbesserung des Lohnes zu erwirken. Die Arbeiter machten geltend, daß sie mit ihrem Lohne von 3,80 Mk. pro Tag unmöglich noch länger auskommen vermöchten. Herr Obergeringenieur Sperber und die Herren Petz und Dr. Tropschowitz pflichteten den Arbeitern insofern bei und erklärten, zu ihrem Teil für eine Erhöhung des Lohnes eintreten zu wollen. Den Arbeitern wurde auch in Aussicht gestellt, daß die Erhöhung der Löhne alsbald eintreten werde. Dies dürfte die Arbeiterkommission der Arbeiterchaft mitteilen und diese möchten also ruhig weiterarbeiten. Das war, wie bemerkt, vor einem Vierteljahre. Bis jetzt erhalten die Hilfsarbeiter aber immer noch nur einen Tagelohn von 3,80 Mk. Es scheint auch, als wenn diese Arbeiter überhaupt vergeblich gehofft haben, daß nunmehr auch ihre Lage doch zum mindesten etwas verbessert werden würde. Denn die genannten Herren von der Baudeputation hatten auch noch erklärt, die Baudeputation besäße sich mit einer Neuordnung der Lohnverhältnisse der ständig beschäftigten Handwerker und Arbeiter und es würden damit zugleich auch die Hilfsarbeiterlöhne einer Prüfung unterzogen werden. Nun ist auch bereits der neue Lohnstarif für die festbeschäftigten Arbeiter herausgegeben, über eine Aufbesserung der Hilfsarbeiterlöhne ist aber noch nichts bekannt gemacht worden. Der Anfangslohn für ungelernete feste Arbeiter soll nach dem neuen Lohnstarif auch fernerhin nur 3,80 Mk. pro Tag betragen. Die Baudeputation wird also diesen Lohnsatz überhaupt nicht erhöhen wollen und die Hilfsarbeiter werden keine Lohnzulage erhalten. Dies wäre dann auch wieder ein Schulbeispiel, was von wohlwollenden Versicherungen zu halten ist. Aber solche Beispiele tragen gewiß nicht dazu bei, daß die Arbeiter Vertrauen zu den Behörden fassen und daß alles „ruhig“ bleibt und sich „in Güte“ abwickelt. — Die Baudeputation hat den im Wochenlohn und den im Jahreslohn stehenden Arbeitern der Straßenreinigung, Müllabfuhr und Verbrennungsanstalt die Löhne erhöht, und zwar haben Wochenlöhner 1 Mk. pro Woche und Monatslöhner 50 Mk. pro Jahr zugelegt bekommen. Die Tagelohnarbeiter sind aber unberücksichtigt geblieben. Waren denn wirklich für diese Arbeiter nicht auch pro Mann und Tag vielleicht 20 Pf. übrig?

Königsberg. Kürzlich hielt der Bezirksleiter des „Christlichen“ Staats- usw. (Sammelfurium-) Verbandes eine Reihe Versammlungen in Königsberg ab. Die „Königsh. Volksztg.“ stellte das arbeiterzerstreuende Treiben dieser Aushilfskraft in das rechte Licht, worauf das Organ dieser „Christen“, die „Gewerkschaftsstimme“, einen langen Wandwurm als Erwiderung bringt. Gleich zu Anfang begeht dieses Blatt eine dreifache Fälschung mit der Behauptung, unser Kollege Heinze habe am 2. Juni von Breslau aus folgenden Brief geschrieben: „Die Christlichen sind bereits in unserem Bereiche eingedrungen, das können wir uns doch nicht gefallen lassen, und was tun wir dagegen?“ Dieser Brief ist, wie gesagt, glatt erfunden. Heinze war am 2. Juni überhaupt nicht in Breslau, sondern hielt bis zum 8. Juni Versammlungen in Königsberg und Tilsit ab. Solche Fälschungen wegen die Christen zu drucken; daraus kann man schließen, wie sie erst in Versammlungen flunkern mögen, wo ihre Worte lange nicht so kontrolliert werden können. Die Sache hat aber für die Mitglieder dieser Aushilfskraft eine ernste Seite, denn jeder Arbeiter, der Mitglied dieses Verbandes wird, macht sich zum Mitschuldigen solcher Fälschungen. Dieselbe christliche „Wahrheitsliebe“ spricht auch aus den anderen Behauptungen, so sehr man sie auch abstreitet oder abzuschwächen versucht. Daß der Artikelschreiber viel von Wogeln schreibt, gehört zur christlichen Taktik nach dem bekannten Trick: „Galtet den Teufel!“ In einem Punkte aber stimmen wir dem Zentrumsmanne zu, wo er von seinen Erfolgen spricht. Diese seine „Erfolge“ gefallen auch uns, und wünschen wir ihm hiermit noch recht viele solcher „Erfolge“. Hervorheben müssen wir aber den Satz aus der „Gewerkschaftsstimme“: „Wenn die christliche Organisation erst längere Zeit am Orte tätig sein wird, daß dann in den Kreisen der Magistratsbehörde eine andere Auffassung von der Arbeiterbewegung plakatieren wird usw.“ Das glauben wir gern! Die Magistratsbehörde wird sich alsdann die Pflege eines gelben Vereins schenken können, da die „Christen“ diese Funktionen gleich mit erfüllen dürften. Ob freilich der gesunde Sinn der Königsberger Kollegen die „christliche“ Arbeiterzerstreuung so ruhig hinnehmen wird, möchten wir billig bezweifeln.

Neustadt a. d. Odt. Noch immer beträgt der Anfangslohn der städtischen Arbeiter hierorts 2,50 Mk., der ortsübliche Tagelohn aber 2,80 Mk. Sonach bezahlt die Stadtverwaltung ihren eigenen Arbeitern weniger, als der Privatmann seinen Tagelöhnern zahlt. Die letzte Aufbesserung der Löhne geschah vor einigen Wochen. Jedoch erhielten nur die Latrinearbeiter und einige Winkelfeimer eine Verbesserung ihres Lohnes um 15 Pf. täglich. Diese Arbeiter

erhielten bisher nur 3 Mk. täglich bei durchschnittlich elfstündiger Arbeitszeit. Die Aufbesserung war deshalb nur zu gerechtfertigt. Allein die übergroße Masse der städtischen Arbeiter ging wieder leer aus. Ein jeder verständige Mensch glaubt doch, daß man zu jehiger Zeit mit 250 Mk. eine noch so bescheidene Familie nicht unterhalten kann. Es gilt daher, in nächster Zeit mit einer motivierten Eingabe an den hiesigen Stadtrat heranzutreten.

Nürnberg. Die letzte Mitgliederversammlung war gut besucht. Der Vortrag über: „Die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes“ wurde beifällig aufgenommen. Bei Besprechung der Bildungsturse der Gewerkschaften in Berlin wurde angeregt, daß auch Nürnberger Kollegen daran teilnehmen sollen. Auf die Aufzählung der vereinigten Gewerkschaften, Vorschläge zu machen für Schöffen und Geschworene für die Periode 1911, wurden als Schöffen vorgeschlagen: Arnold, Pirzer, Prodwolf, Hirsch, Hoffmann und Kümmler. Als Geschworener Kollege Holte. Zum Schluß wurde noch auf das am 10. September im „Vedengarten“ stattfindende zehnjährige Stiftungsfest hingewiesen und die Kollegen ersucht, vollständig dort zu erscheinen.

Nürnberg. Am 1. September hielten die gemeinsamen Arbeiterausschüsse aller Betriebe der Stadt Nürnberg eine Arbeiterausschüßsitzung ab. Die Wünsche der städtischen Arbeiter, die schon vorher von den Arbeiterausschüssen und Vertrauensleuten ausgiebig behandelt worden waren, wurden in einer öffentlichen Versammlung besprochen und die Ausschüsse beauftragt, dieselben an den Magistrat gelangen zu lassen. Es handelt sich vor allen Dingen darum, die Beschlüsse des Magistrats vom Vorjahre wirklich zur Durchführung zu bringen, und verschiedene Arbeiter in die Klassen einzureihen, wo sie ihrer Beschäftigung nach hingehören, es ist also keine allgemeine Lohnforderung gestellt worden. Als noch fehlende Bestimmungen der Arbeitsordnung wurden verlangt: Bezahlung aller gesetzlichen Feiertage, die auf Werktage fallen, Sommer und Winter gleicher Lohn, Familienzulagen nach dem Frankfurter Muster, das Ständigwerden nach 6 Monaten, 8stündige Arbeitszeit, 8stündige für die durchgehenden Betriebe, für regelmäßige Nacharbeit 33 Proz. Zuschlag, Erhöhung der Mittagzulage auf 75 Pf., Bezahlung des Weges zu und von der Arbeit, wenn er (einfach) über 3 Kilometer beträgt, Urlaubsverlängerung bis zu 2 Wochen, nach 25jähriger Dienstzeit 3 Wochen, 14tägige Kündigungsfrist, Lieferung von Schuh- und Schmutkleidung nach Maßgabe einer aufzustellenden Schutkleiderordnung, und endlich Nuknehung der Arbeitsordnung für die Laternenanzünder. Ferner eine gerechte Regelung der Sackungen der Arbeiterausschüsse. Als Vorsitzender war Koll. Negner, Feuerwache, als Schriftführer Koll. Dumscher, Gaswerk, und als Referent Koll. Lober, Gaswerk, bestimmt. Letzterer referierte in ausführlicher Weise über die gewünschten Änderungen. Ein Ausschüßmitglied des Kanalbaues, Stieg von den „Hirschen“, konnte es nicht über sich bringen, seinen Vetter gegen die freien Gewerkschaften dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß er einzig und allein gegen die Forderungen stimmte. Magistrat und Gemeindefolkium waren eingeladen, aber nur die sozialdemokratische Fraktion hatte Vertreter gesandt. Die Eingabe erhielt nur noch eine Aenderung, und zwar sollen die Kollausführer des Gaswerkes in die 5. Lohnklasse versetzt werden. Wir wollen hoffen, daß den Nürnberger städtischen Arbeitern endlich ihr Recht wird, und der Magistrat die bescheidenen Forderungen bewilligt. Aber auch die Arbeiter selber können ein gut Teil dazu beitragen, daß ihre Wünsche mehr wie bisher beachtet werden, indem sie dafür sorgen, daß auch der letzte Mann in die Organisation eintritt, und die Eigenbrödlerei immer weniger werden.

Vorheim. Am 20. August 1910 fand im Lokal zum „Deutschen Haus“ eine Mitgliederversammlung statt. Kollege Wettaß berichtete zunächst über die Vorbereitungen zum diesjährigen Stiftungsfest. Es soll am 9. Oktober dieses Jahres im „Bürgerbräu“ stattfinden und sind alle organisierten Kollegen der nächstliegenden Filialen eingeladen und herzlich willkommen. Zum „Verschiedenen“ teilte der Vorsitzende mit, daß der Ausschüß in Erwägung gezogen habe, den Mitgliedern zu empfehlen, während der Versammlungsdauer den Alkoholgenuß einzuschränken. Die Kollegen Müller, Erler u. a. sprachen im selben Sinne. Es wurde den Kollegen auch die öftere Benutzung der Gewerkschaftsbibliothek empfohlen. Nach einem kräftigen Appell schloß der Vorsitzende mit dem Wunsch, in der nächsten Versammlung zahlreicher sich einzufinden.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Kongresse.

Die Fabrikarbeiter hielten vom 7.—13. August ihren Verbandstag in Halle a. S. ab. Der Verband zählte am Schluß des Jahres 1909 141 024 Mitglieder. Allerdings ist die Fluktuation noch enorm. Von 51 000 Neuaufnahmen im letzten Jahr blieben nur 8000 als positiver Gewinn. Der Massenbericht weist eine steigende Tendenz auf. Im Anschluß an den Vorstandsbericht

wurde beschlossen, eine besondere Abteilung für Statistik und Materialbeschaffung für die Agitation einzurichten, ebenso Herausgabe einer Informationschrift für Verbandsfunktionäre. Bezüglich der Beiträge wurde eine Erhöhung um 5 Pf. pro Woche für alle Mitglieder beschlossen. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. — Am letzten Verhandlungstage wurde auch das Kartellverhältnis mit unserm Verbandsdistrikt und nachstehende Resolution angenommen: „Infolge des Uebereinkommens der Vorstände unseres und des Gemeindefolkiumverbandes im Jahre 1908 sollte fortan der Gemeindefolkiumverband für die Gasanstalten zuständig sein. Unsere Mitglieder in einer Anzahl in Privatregie befindlicher Gasanstalten haben es bisher abgelehnt, zum Gemeindefolkiumverband überzutreten. Sie haben vielmehr die Werksarbeit für unseren Verband fortgesetzt. Die Mitglieder der Zahlstelle Hannover, soweit sie in der hiesigen Gasanstalt beschäftigt sind (zirka 250), haben erklärt, in unserm Verbands bleiben zu wollen und nach wie vor die Werksarbeit nur für unsern Verband zu leisten, weil sie die Gasanstalten als zur chemischen Industrie gehörig betrachten. Die Mitgliedschaft Hannover hat sich dieser Auffassung angeschlossen und ersucht den Verbandstag, den Vorstand zu beauftragen, das getroffene Uebereinkommen mit dem Gemeindefolkiumverband zu lösen.“ — Man will also den bestehenden unheilvollen Zustand noch extra befestigen und beansprucht die Gasarbeiter in Privatbetrieben! Das kann ja recht nett werden. Bislang galten wir unbeschränkt als die einzig zuständige Organisation der deutschen Gasarbeiter — auch die Generalkommission hat diesen Standpunkt stets vertreten. Soll nun die ominöse Hamburger Grenzzeitungsresolution auch noch dazu herhalten, bestehende Kartellverträge unwirksam zu machen, oder darf sich eine große Gewerkschaft einfach über Beschlüsse hinwegsetzen? Wir sehen ja den kommenden Dingen ruhig entgegen, denn die Gasarbeiter wissen es selbst nur zu gut, daß ihre Interessen am besten durch unsern Verband gewahrt werden. (Auch in Hannover wird das über kurz oder lang erkannt werden.) Abzuwarten bleibt noch, inwieweit der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes dem ihm gewordenen Auftrage nachkommt. Schließlich werden aber unsere Verbandsfunktionäre gut tun, mit noch größerem Eifer für die notwendige Aufklärung zu sorgen, dann wird die papierne Resolution dieses Verbandstages Papier bleiben.

Der Tabakarbeiterverband hielt seine 14. Generalversammlung vom 18. bis 23. Juli in Braunschweig ab. In der Eröffnung des Geschäftsberichts schilderte der Verbandsvorsitzende Reichmann die traurigen Folgen, welche die Tabaksteuer für die „christlichen“ Gewerkschaftsführern, die im Reichslage für die Finanzreform stimmten, scharf ins Gericht. Eine in der Woche vom 4. bis 9. Juli dieses Jahres aufgenommene Statistik ergab, daß in 438 Fällen durchschnittlich 202 Mitglieder pro Tag arbeitslos waren. Das sind mehr als 10 Proz. aller Mitglieder. Eine Protestresolution gegen die Schmälerung der Unterstützung von seiten der Reichsregierung wurde angenommen. Ebenfalls wurden Minimallohnbestimmungen und Tarifverträge verlangt. Weitere Beschlüsse fordern Erweiterung und Ausbau des Verbandesorgans, Verlegung desselben nach dem Sitz des Vorstandes und Anstellung eines zweiten Redakteurs. Die Unterstützungen wurden um einiges erhöht. Die Frage der Verschmelzung mit den Zigarrenfortierern wurde merkwürdigerweise als noch verfrüht erachtet. Der Vertreter dieser Organisation sagte aber zu, in seinem Verbands für die Verschmelzung zu wirken.

Der Verbandstag der Holzerer und Steinholzer fand am 7. und 8. August in Dortmund statt. Aus dem Geschäftsbericht ist zu erwähnen, daß der Verband in den letzten Jahren ca. 100 Mitglieder verloren hat. Am zweiten Verhandlungstage wurde nach langer Debatte beschlossen, am 1. Januar 1911 die Verschmelzung mit dem Deutschen Bauarbeiterverband zu vollziehen. So wäre auch hier wieder ein erfreulicher Schritt weiter in der Schaffung von Industrieverbänden getan.

Der Schneiderverbandstag wurde vom 15.—20. August in Hamburg abgehalten. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß das 1. Quartal 1910 dem Verbands allein einen Zuwachs von 2253 Mitgliedern brachte, so daß die 40 000 überschritten sind. Zu der Frage des Heimarbeiterschutzes wurde eine Resolution angenommen, welche den Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes als ungenügend bezeichnet und zur regen Agitation für einen durchgreifenden Heimarbeiterschutz auffordert. Nach einem Referat Sabatth über Lehrlingsausbildung fordert der Verbandstag, daß sich die Kollegen bei Befragung der Gesellenausschüsse und der Wahl der Vertreter zur Handwerkerkammer beteiligen. Ferner darf ein Meister, der keinen Gehilfen beschäftigt, nur einen Lehrling halten, bei drei Gehilfen zwei und bei 10 Gehilfen drei (höchstzahl). Eine zu dieser Frage gefasste Resolution verpflichtet die Ortsverbände, die Interessen der Lehrlinge in wirtschaftlicher und rechtlicher Beziehung zu wahren.

Der Verbandstag der Lithographen und Steinbrüder tagte gleichfalls in Hamburg vom 22.—27. August. Beschlossen wurde eine Beitragserhöhung von 1,20 auf 1,30 Mk. pro Woche.

In der Debatte zum Geschäftsbericht wurde u. a. die Haltung des Verbandorgans zur Kaiserfeier kritisiert. Vom Redakteur Barthel wurde erklärt, daß die Kaiserfeier hochgehalten werden müsse, daß sie aber auch in anderer Form als durch Arbeitsruhe begangen werden könne. Zu der Frage „Unser Verhältnis zu den graphischen Gewerben“ fand eine Resolution Annahme, die den graphischen Industrieverband als zu erstrebende Organisationsform anerkennt. Da dieser aber vorerst noch nicht zu erreichen ist, sind mit allen graphischen Verbänden bestimmte Normen für Lohnbewegungen aufzustellen. Ueber die Zugehörigkeit der Tapelendrucker wird der Vorstand beauftragt, mit dem Fabrikarbeiterverband Rücksprache zu nehmen.

Rundschau

Ein preußischer Gemeindebeamtenstag fand kürzlich in Essen statt. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Juli dieses Jahres 31 705. Da die Jahreseinnahmen indessen nur 41 588 Mk. betragen, ergibt sich, daß die finanzielle Fundierung und Leistungsfähigkeit nur recht bescheiden ist. In den Debatten wurden lebhaftest Klagen über geringe Befoldung, sowie Überangebot von Beamten laut. Es wurde die Abänderung des Kommunalbeamtengesetzes verlangt. Geh. Oberregierungsrat Freund, als Vertreter des Ministers, erklärte u. a.: Wenn durch ungenügende Bezahlung hervorgerufene Mißstände vorlägen, so möchte der Vorstand bei den Regierungspräsidenten vorstellig werden. Diesen stehe in § 11 des Kommunalbeamten-Gesetzes eine Handhabe zur Befriedigung von Hungerlöhnen zur Verfügung. Eine derartige Tätigkeit des Verbandes entspräche durchaus den Ansichten der Staatsregierung. — Nun, die Regierung ist doch „konst nicht so“. Sollte sie den Gemeinden gegenüber auf einmal ihre eigenen Maximen — schlechte Bezahlung usw. — vergessen haben? Am dritten Verhandlungstage kam es zu erheblichen Differenzen über Anstellung eines Syndikus sowie andere „Satzungsänderungen“. Die umstrittenen Anträge werden in der nächsten Generalversammlung erledigt werden. — Im weiteren Verlauf der Beratungen wurden die Vorschläge für das Rechnungsjahr 1911 genehmigt. Der erste Vorsitzende, Bureauinspektor Stephan-Trier, der Schatzmeister, Oberstadtssekretär Thiele-Wilmersdorf, und der Revisor, Stadtrechnungsrevisor Wolff-Kassel, wurden wiedergewählt. Die nächste Tagung soll in Kosen stattfinden. — Nicht selten sind unter den preußischen Gemeindebeamten Feinde unserer Organisation zu finden. Es wird deshalb gut sein, wenn die Kollegen im Gedächtnis behalten, daß jene Herren gleichfalls den gemeinsamen Zusammenschluß pflegen.

Der Kampf der Werftarbeiter ist trotz mehrfach verfruchteter Einigungsverhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt. Schuld daran sind allein die Unternehmer, welche keine Zugeständnisse machen wollten. Vielmehr kann von einer wesentlichen Verbreiterung der Kampfbasis berichtet werden. So haben z. B. in Stettin die ca. 900 Arbeiter des „Vulkan“ am 3. September die Arbeit eingestellt, weil sie Streikarbeit verrichten sollten. In Hamburg, der Hauptstelle des Kampfes, zeigt sich die Verschärfung der Situation insbesondere durch das Bestreben der Werften, Arbeitswillige einzustellen. Ja, man hat Werbeagenten ins Land geschickt um gelehrte Arbeiter unter allerhand Vorspiegelungen und Versprechungen heranzuziehen. Es sei ausdrücklich davor gewarnt. Auch in Kiel, Bremen und anderen Orten ist die Bewegung gewachsen, weil man den dortigen Werftarbeitern Streikarbeit zumutete.

Der 8. Internationale Genossenschaftskongress tagt vom 6.—7. September d. J. in Hamburg. In der Hauptsache dürfte das neue Statut über den internationalen Genossenschaftsbund im Mittelpunkt der Beratungen stehen. Als Aufgaben des Bundes werden im Entwurf des neuen Statuts festgelegt: Propaganda und Feststellung der genossenschaftlichen Grundsätze und Methoden, Ausbreitung des Genossenschaftswesens in allen Ländern, Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bundesmitgliedern, Ausbildung und Vereinhaltung der genossenschaftlichen Statistik, Erteilung von Auskünften und Förderung von Studien über Genossenschaftsfragen und Förderung von Handelsbeziehungen zwischen den genossenschaftlichen Organisationen der verschiedenen Länder. Organe des Bundes sind der Kongress, der Zentralvorstand, der Leitende Ausschuss und der Generalsekretär.

Dem Internationalen Genossenschaftsbunde gehören gegenwärtig in 26 verschiedenen Ländern über 900 Genossenschaften an, die etwa 4 1/2 Millionen Mitglieder repräsentieren. Der Bund hat in den letzten Jahren seine Finanzkraft gestärkt und eine Reihe von Einrichtungen geschaffen, die seinen Einfluss und seine Wirksamkeit bedeutend erhöhten. Seit mehreren Jahren besteht ein ständiges Sekretariat, das die mannigfaltigen Geschäfte erledigt, die mit einer solchen Organisation verbunden sind. Die genossenschaftliche Propaganda wird planmäßig unterstützt. Allmonatlich wird ein Genossenschaftsbulletin in drei Sprachen verbreitet, ein

Jahrbuch des Internationalen Genossenschaftsbundes ist in diesem Jahre zum erstenmal erschienen. Außerdem sind Schritte unternommen worden, um die Konsumvereinszentralen der verschiedenen Länder zum Zusammenwirken bei Bezügen und bei der Herstellung von Produkten zu veranlassen. Neben der Statutenberatung stehen auf der Tagesordnung des Kongresses noch Vorträge über die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Gegenwart und Zukunft, wobei das Konsumvereinswesen, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, das Kredit- und gewerbliche Genossenschaftswesen in besonderen Referaten behandelt werden. Prof. Dr. Albrecht-Vorlin und das englische Parlamentsmitglied Vivian werden außerdem über die Frage referieren: „Was können die Baugenossenschaften zur Lösung der Wohnungsfrage beitragen?“ — Als Delegierter nimmt u. a. auch H. Schäfer-Köln teil. Wir wünschen den Beratungen guten Erfolg, wie wir überhaupt wünschen müssen, daß sich unsere Kollegen noch viel zahlreicher als bisher an der Genossenschaftsbewegung beteiligen sollten.

Die Streikflügel. Ein neues Mittel gegen „ungehörige“ streikende Arbeiter haben französische Techniker der Schießschule von Chalons erfunden. Die Tagespresse berichtet darüber: Französische Techniker der Schießschule von Chalons haben ein Geschöß konstruiert, das sich durch eine besonders „milde Wirkung“ auszeichnet. Die bisher aus dem Revolvergewehr versandten Kugeln durchbohrten noch auf eine Entfernung von 1500 Metern sechs Menschen. Nun unterscheidet so ein Blei- oder Stahlstück bekanntlich nicht zwischen Streikenden und Nichtstreikenden. Der am „Kriegsschauplatz“ vorüberwandelnde „ruhige Bürger“ kam in Gefahr, von einer balteländischen Kugel getroffen zu werden. Solche Vorformnisse pflegen nicht patriotisch ansehnend zu wirken; in parlamentarisch regierten Ländern kann darüber unter Umständen eine ganze Regierung fallen. So zerquälten sich denn die Militärschützen ihr Hirn und erfanden die Aluminiumkugel, ein Geschöß, das innen hohl ist, nur 500 Meter weit trägt und Niswunden erzeugt. Es zerspringt beim Aufprallen und wird deshalb in der Regel nur eine Person kampfunfähig machen. Verschiedene Schiffschwaben sollen mit dieser entzündenden Erfindung der Neuzeit ausgerüstet werden, vor allem aber ist sie dazu bestimmt, widerpenstige Arbeiter in Streikgebieten zur Räson zu bringen. Daß dies die Hauptsache ist, geht auch aus dem Namen hervor: „Streikflügel“ ist das neue Geschöß von den Militärs selbst getauft worden! — Wenn jemand etwa die Absicht gehabt hätte, das ganze Gland unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise in einer bissigen Satire an den Pranger zu stellen, er hätte nur die Geschichte von der Streikflügel zu erfinden brauchen. Für den, der lesen kann, offenbar sich in diesem einen nichtswürdigen Wort der ganze Charakter unserer heutigen Gesellschaft. Es ist eine unbeachtliche Selbstverhöhnung ohnegleichen, ein blendendes Bild aus dem Spiegel, in dem der „soziale Staat der Gegenwart“ sich selbst mit hochachtungsvoller Verbeugung begrüßt.

Friedberger M-arsch an den Zaren.

Heimlich ward er aufgenommen
ohne Huch und auch Hurra,
alles luschelte bestommen:
„Gott behüt“ uns, er ist da!

Wag' er bald sich wieder brüden
und ein andermal hierher
Neder noch die Chol'ra schiden
als das kleinere Kalheur!

Selbst Soldaten, Veteranen
und die ganze Feuerwehr —

was er, ließen sie ihn ahnen,
für ein Ungeheuer war.

Denn von rückwärts her Spallere
bildend an dem Weg des Nichts,
wießen sie ihm kampfhalt ihre
Hintern statt des Angesichts.

Graufig, lauffig, nitoldaufig
wiekt ein solches Kompliment,
und im stillen Herzen weih ich,
wie's der Verfluchten nenn!

Verbandsteil

Quittung der Hauptkass.

Im Monat Juli gingen folgende Gelder an Beiträgen ein:
Für das 2. Quartal 1910: Kachen 114,10 Mk., Katen 43,40 Mk., Ansbach 58,80 Mk., Nüchtersleben 117,15 Mk., Augsburg 348,39 Mk., Kugsbund-Land 148,05 Mk., Bad Weichenhall 160,90 Mk., Bamberg 222,95 Mk., Bank-Wilhelmsbad 145,77 Mk., Barmen 649,50 Mk., Bayreuth 300,43 Mk., Benediktbeuern 137,10 Mk., Berlin 2290,50 Mk., Bielefeld 288,00 Mk., Oldach 112,00 Mk., Brafe 91,20 Mk., Braunschweig 229,06 Mk., Bremen 1811,40 Mk., Bremerhaven 27,74 Mk., Breslau 110,40 Mk., Gellf 243,27 Mk., Chemnitz 647,38 Mk., Gelmars 31,45 Mk., Götting 1546,40 Mk., Griesheim 37,50 Mk., Tanga 66,83 Mk., Tarmshadt 110,30 Mk., Tessa 123,20 Mk., Dortmund 61,50 Mk., Töben 60,00 Mk., Dresden 3284,67 Mk., Durlach 103,20 Mk., Düsseldorf 123,87 Mk., Eberswalde 48,70 Mk., Galling 367,97 Mk., Hagen 74,40 Mk., Hildesheim 321,34 Mk., Hilding 122,04 Mk., Erfurt 80,— Mk., Essen 25,50 Mk., Göttingen 42,70 Mk., Gumbach 13,65 Mk., Frankfurt a. M. 2858,09 Mk., Freiberg 217,80 Mk., Freiburg 81,95 Mk., Freising 233,70 Mk., Gredensfeld 29,20 Mk., Hildesheim 1546,40 Mk., Hildesheim 76,10 Mk., Hildesheim 267,61 Mk., Hildesheim 182,67 Mk., Hildesheim 101,— Mk., Hildesheim 301,22 Mk., Hildesheim 111,71 Mk., Hildesheim 123,63 Mk., Hildesheim 130,81 Mk., Hildesheim 100,00 Mk., Hildesheim 42,60 Mk., Hildesheim 722,15 Mk., Hamburg 1267,33 Mk., Hanau 44,61 Mk., Hannover 868,80 Mk., Heidelberg 200,72 Mk., Heildrann 470,11 Mk., Hildesheim 40,40 Mk., Hof 75,45 Mk., Homburg 161,27 Mk., Ingolstadt 25,50 Mk., Kaiserlautern 208,16 Mk., Karlsruhe 121,31 Mk., Kautzhausen 130,79 Mk., Kempten 98,— Mk., Kiel 1512,50 Mk., Kitzingen 60,50 Mk., Kitzingen 114,85 Mk., Kitzingen 61,57 Mk., Kitzingen

72,60 M., Landau 189,25 M., Landsbut 85,45 M., Leipzig 1800,49 M., Lötzen 12,30 M., Lötzen 37, — M., Lübeck 871,30 M., Ludwigslust 16,50 M., Ludwigslust 386,43 M., Magdeburg 256,65 M., Mainz 293,52 M., Mannheim 1242,32 M., Marienburg 20,41 M., Markisch 3, — M., Weissen 52,70 M., Minden 52,62 M., Mittweida 65, — M., Mosburg 53,72 M., Mülheim 52,50 M., München 586,99 M., München Land 124,45 M., Neugersdorf 14,90 M., Neustadt 159,96 M., Nordhausen 60,10 M., Nottowitz 54,70 M., Osnabrück 57,78 M., Osnabrück 18,58 M., Oldenburg 119,18 M., Pforzheim 549,50 M., Pirmasens 18,78 M., Pirmasens 54,01 M., Plauting 84,90 M., Pommern 16,89 M., Potsdam 43,85 M., Pöthen 67,25 M., Quedlinburg 33, — M., Regensburg 302,73 M., Reichenheim 72,28 M., Rottorf 287,74 M., Rudolfsburg 65,25 M., Schwabach 63,90 M., Schweinfurt 149,70 M., Solingen 77,40 M., Spandau 180,50 M., Stettin 735,80 M., Stralsburg 389,82 M., Stranburg 25,80 M., Stuttgart 300, — M., Thalheim 717,52 M., Tilsit 5,07 M., Trautwein 328,80 M., Ulm 55,59 M., Wiesbaden 612,86 M., Wismar 91,40 M., Wittenberge 68,18 M., Würzburg 137,70 M., Zeig 56,50 M., Zerbst 31,20 M., Zittau 31,91 M., Zwickau 212,21 M.

Für Kalender: Sant-Bilhelmshagen 1,50 M., Berlin 25, — M., Breslau 25, — M., Grimmlitz 0,50 M., Döbeln 5, — M., Durlach 11, — M., Düsseldorf 1,50 M., Ebing 5, — M., Frankfurt a. M. 1,50 M., Greifing 15, — M., Gera 8,50 M., Halle 6, — M., Hannover 5, — M., Heildorn 42,40 M., Kaiserlautern 15, — M., Landau 12,50 M., Lötzen 1, — M., Minden 0,50 M., Mülhausen 17,50 M., München 1, — M., Quedlinburg 0,50 M., Reichenheim 0,50 M., Thalheim 5, — M., Zwickau 5, — M., Zwickau 5, — M., Buchhandlung Gersberg 1,35 M.

Für Protokolle: Bielefeld 2,60 M., Bremen 50, — M., Breslau 10, — M., Düsseldorf 1,50 M., Ebing 1, — M., Greifing 4, — M., Heildorn 1, — M., Kaiserlautern 3, — M., Tilsit 0,60 M., Strunt 0,60 M.

Für Futterale: Hannover 3, — M., Lötzen 2, — M., Markisch 2, — M., Mülhausen 5, — M., Nottowitz 5, — M., Thalheim 5, — M., Wiesbaden 3, — M., Würzburg 10, — M., Zwickau 7, — M.

Ferner gingen ein: Jülich 128,20 M., Cassel, Inferat 2, — M., Frankfurt a. M., Inferat 4,00 M., Eichenbach, Inferat 2, — M., Nottowitz, Inferat 5,80 M., Durlach, Prokluren 2, — M., Thalheim, Prokluren 0,80 M., Tilsit, Stempel 1, — M., Abonnementsgehalt 15,17 M., einzelne Nummern der Gewerkschaft 0,72 M., Streifer, Prämienrückzahlung 1,40 M., Hoffmann für Papier 0,60 M.

Von Einzelmitgliedern:

Buch Nr.	Buch Nr.	Buch Nr.	Buch Nr.
12623 M., 5,20	102030 M., 1,75	102176 M., 3,15	102286 M., 4,55
12632 M., 4,40	102047 M., 3,50	102179 M., 3,25	102297 M., 5,20
30174 M., 5,00	102053 M., 5,00	102184 M., 3,00	102301 M., 3,25
35364 M., 5,20	102058 M., 4,55	102190 M., 3,00	102302 M., 4,00
49177 M., 1,00	102061 M., 4,55	102210 M., 3,00	102348 M., 5,70
49178 M., 2,00	102073 M., 4,00	102213 M., 4,90	102349 M., 5,05
49180 M., 1,00	102076 M., 9,10	102218 M., 6,50	102350 M., 5,05
49181 M., 1,00	102079 M., 3,50	102219 M., 4,00	102351 M., 5,05
49182 M., 1,00	102080 M., 3,50	102225 M., 3,00	102352 M., 5,70
49185 M., 2,10	102104 M., 5,00	102228 M., 5,20	102353 M., 5,05
100329 M., 3,75	102115 M., 2,00	102233 M., 5,00	102354 M., 5,05
100332 M., 3,25	102125 M., 2,80	102241 M., 2,10	102355 M., 3,50
100333 M., 5,20	102129 M., 4,55	102242 M., 4,90	102356 M., 5,05
101291 M., 7,00	102131 M., 3,50	102244 M., 5,60	102357 M., 5,70
101508 M., 0,80	102136 M., 4,55	102255 M., 4,55	102358 M., 9,80
102003 M., 4,40	102140 M., 4,55	102256 M., 4,80	102359 M., 3,70
102004 M., 2,80	102141 M., 4,20	102260 M., 8,25	102360 M., 4,70
102008 M., 2,10	102142 M., 3,00	102264 M., 7,00	102361 M., 5,70
102015 M., 4,90	102145 M., 2,80	102278 M., 4,75	102362 M., 5,70
102017 M., 4,55	102150 M., 7,00	102281 M., 3,50	
102026 M., 3,25	102151 M., 4,55	102284 M., 4,55	Gaar
102028 M., 3,85	102156 M., 4,00	102285 M., 3,25	gemünd. 5,00
102030 M., 7,00	102159 M., 1,40	102287 M., 1,40	Gutbach. 21,00
102033 M., 6,50	102163 M., 1,40	102289 M., 4,90	
102037 M., 4,55	102168 M., 8,50	102292 M., 4,55	Ga. M. 425,05

G. R. Hermann, Hauptkassierer.

• Briefkasten •

E., Darmen. Einfindung ist nicht verwendbar. B. Gr. I.
M., Darmstadt. Bitte stets Linde nehmen und etwas knapper berichten. B. Gr. I.

S. Nürnberg und andere. Wenn Kürzungen vorgenommen werden, so geschieht das weniger, um „Raum zu sparen“, als vielmehr, weil diese Kürzungen im Interesse der Leser notwendig sind. Daran können auch die Begleitendungen nichts ändern. B. Gr. I.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Mikroskop, Zeitschrift für die praktische Betätigung aller Naturfreunde, herausgegeben von Dr. Adolf Reich, 4. Jahrgang, Heft 1-2, Stuttgart, Franckh'sche Verlagsbuchhandlung. Jahrespreis für 12 Hefte und 2 Gratisbuchbeilagen 4 M.

In freien Stunden. Romanbibliothek in Wochenheften. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis pro Heft 10 Pf. Die Lieferung übernimmt jede Postanstalt, jede Buchhandlung, jeder Holporteur. Die Hefte 32, 33 und 34 liegen uns vor. Probenummern kostenlos vom Verlag.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Jede Woche erscheint ein Heft. Abonnementspreis pro Quartal 3 M. Einzelnummern 30 Pf. Die Hefte 32, 33 und 34 liegen uns vor. Probenummern kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter G. R. Hermann, Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin W. 57, Unterfeldstr. 24
Zuch. Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Van. Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 67

Der Weg zur Macht. Von Karl Kautsky. Von dieser Broschüre ist soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, die zweite durchgesehene Auflage erschienen. Im Vorwort der neuen Auflage unternimmt es Kautsky, sich mit den Kritikern seiner Arbeit auseinanderzusetzen. Der Preis beträgt broschiert 1,50 M., gebunden 2, — M. Die Volksausgabe kostet 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Holporture.

„Gewerbe- und Kaufmannsgericht“. Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. (Verlag von Georg Meier in Berlin.) — Nr. 12 des 15. Jahrganges erscheint als Verbandsorganschrift für den im September stattfindenden Verbandstag im holländischen Umlaufe von 25 Bogen. Sie enthält vorbereitendes Material für sämtliche Gegenstände der umfangreichen Tagesordnung (Arbeitsvertrag, Tarifverträge, Recht der Werkpensionskassen, Regelung der Berufungsinstanz). Wie der Archiv des Verbandes, Rechtsanwalt Dr. Baum, Berlin, in der Einleitung hervorhebt, kommen darin außer den für den Verbandstag in Aussicht genommenen Referenten auch andere namhafte Autoren zum Wort. Hervorzuheben ist namentlich der umfangreiche Vorbericht über gesetzliche Regelung der Arbeitsarbeit von Magistratsrat Wölbling, Berlin, eine vergleichende Darstellung der Bestimmungen zur gesetzlichen Regelung der Kollektivverträge im Ausland von Autoren der betreffenden Länder und eine tabellarische Uebersicht über die Statuten aller deutschen Gewerbegerichte von Stadtrat Dr. Glöckmann, Misdorf, und Dr. Guraube vom Statistischen Amt der Stadt Berlin. Unter den abgedruckten Urteilen finden sich eine Reihe sehr interessanter Entscheidungen des Reichsgerichts und der Oberlandesgerichte zum Recht des Tarifvertrages.

Minderlegen und kein Ende? von Dr. Fritz Brupbacher in Zürich. Neue und vermehrte Ausgabe, Preis 50 Pf., Verlag G. Völk u. Co. m. b. H. in München.

Die Verteuerung aller notwendigen Bedürfnisse und die Schwierigkeiten der Lebenshaltung bieten den deutschen Arbeitern genügend Veranlassung, sich mit dem in der Schrift dargestellten Standpunkte, sowie den Vorschlägen des Züricher Arztes und Parteigenossen zu beschäftigen. Die Neuauflage enthält nicht nur eine Widerlegung der von parteigenössischer Seite erhobenen Einwände gegen die Ansichten des Verfassers, sondern bringt auch neues volkswirtschaftliches und statistisches Material zu ihrer Begründung. Alle diejenigen, die die Last des „Minderlegens“ täglich zu spüren haben, dürften aus der Schrift nicht nur praktische Lehren ziehen, sondern auch ihre Kenntnisse über den Zusammenhang der Bevölkerungsfrage mit den sozialen Missständen erweitern.

Was haben wir am Hansabund? 56 Seiten Nr. 8. M. Gladbach 1910, Volksvereins-Verlag. Preis 25 Pf. Inhalt: 1. Was führte zur Gründung des Hansabundes? 2. Was will der Hansabund? 3. Kommen die Interessen des Mittelstandes und der Privatbeamten im Hansabund genügend zur Geltung? 4. Ist der Hansabund parteipolitisch neutral? 5. Von der liberalen Parteilosigkeit des Hansabundes haben Mittelstand und Privatbeamte wenig zu erwarten. 6. Der Hansabund ist für Mittelstand und Privatbeamte keine geeignete Organisation.

Kleiner Leitfaden für Arbeiter-Bibliotheken. Von Ernst Mehlisch. Leipzig. Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft. Preis 60 Pf., geb. 1 M. Wiederholt haben wir zur Arbeiterbibliothek empfehlend Stellung genommen. Nun ist in der uns vorliegenden Broschüre die Entwicklung des Arbeiterbibliothekwesens zusammengefasst und insbesondere die technische Seite anschaulich geschildert worden. In einem Anhang wird ferner einiges über Privatbibliotheken gesagt, das u. G. aber noch wesentlich erweitert werden müsste, denn die wahren Bücherfreunde werden sich niemals mit einer Entleerung aus der Zentralbibliothek begnügen, sondern sich, soweit es die Mittel irgend zulassen, eine eigene Bibliothek einzurichten suchen. Dabei werden nicht selten Werke kritisch angeschafft, die nur infolge des verlodenden Abzahlungsmodus gekauft werden und die wohl eine „hübsche Fierde“ des Zimmers sein mögen, nicht aber zur Weiterbildung oder Erbauung des Lesers benutzt werden. — Das vorliegende Buch ist besonders für unsere Bibliotheksverwalter zu empfehlen.

Totenliste des Verbandes.

Stephan Sauer, Aschaffenburg.
Gasarbeiter

Emil Böhm, Berlin
Revier-Inspktionen

† 26. 8. 1910, 41 Jahre alt.

† 29. 8. 1910, 38 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!